

AMS

Arbeitskreis Militär und
Sozialwissenschaften

Newsletter

04/2005

01/2006

IMPRESSUM

Der AMS-Newsletter ist das Mitteilungsorgan des Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften. Er erscheint viermal jährlich. Mit Namen gekennzeichnete Beiträge sind jeweils Meinung des Verfassers und müssen nicht derjenigen der Redaktion entsprechen.

Für den Inhalt der vorliegenden Ausgabe sind verantwortlich:

Dr. Paul Klein
Heimhauserstr. 21
85716 Unterschleißheim
Tel.: (089) 31 02 977
Email: Paul.J.Klein@t-online.de

Dr. Gerhard Kümmel
c/o Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr
Prötzelner Chaussee 20
15344 Strausberg
Tel.: (03341) 58-1837
Email: gerhardkuemmel@bundeswehr.org

Mitgliedsbeitrag: €30,- pro Jahr

€10,- pro Jahr für Studenten

Beitragszahlung an:

AMS/Brecht, Sparda-Bank West e.g, Düsseldorf, BLZ 370 605 90, Konto Nr.: 774365
Rückfragen an R. Brecht, Streitkräfteamt Bonn, Tel.: 0228/12-2663

Mitteilungen des Vorstandes

Werte Mitglieder!

Erneut kommt der Newsletter diesmal in einer dicken Doppelnummer!

Besonders hinweisen möchten wir Sie auf unsere anstehende Jahrestagung. Gemäß der Übereinkunft, die bei unserer letzten Jahrestagung in Wesseling getroffen wurde, verlagern wir den Zeitpunkt unserer Konferenz in die erste Jahreshälfte. Damit werden wir uns in diesem Jahr bereits vom **28.-30. April 2006** in der **Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (AIK)** in **Strausberg** bei Berlin treffen. Zu dieser Tagung möchten wir sie herzlichst einladen. Das Thema wird sein: **Bestandsaufnahme Bundeswehr 2006**.

Angesichts des geringen zeitlichen Vorlaufs haben wir, anders als üblich, deshalb auf einen Call for Papers verzichten müssen und uns im Wesentlichen auf Referent/inn/en aus dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr gestützt. Wir hoffen, dass Ihnen das Programm dennoch zusagt. Dieser Newsletter enthält die Infos zur Tagung, d.h. zum Tagungsort, zum Programm und zu den Kosten. Anmeldungen für die Teilnahme an der Tagung werden erbeten bis spätestens

Montag, den 03. April 2006.

Auf der Jahrestagung wird wie gewohnt auch eine **Mitgliederversammlung** stattfinden, zu der wir Sie ebenfalls recht herzlich einladen möchten und deren Ablauf Sie diesem Newsletter entnehmen können. Bitte beachten Sie hierbei, dass in diesem Jahr **Neuwahlen zum Vorstand** anstehen!!

Überdies möchten wir Sie bereits auf eine Tagung aufmerksam machen, die wir in Zusammenarbeit mit Karl Haltiner und unseren Schweizer Kollegen von „**Chance Schweiz**“ vom **22.-24. September 2006** in **Bern** durchführen werden und die unter dem Titel „**Wozu eine Armee?**“ stehen wird. Die Planungen dazu sind bereits in vollem Gange. Eine erste Vorankündigung mit inhaltlichen und organisatorischen Details finden Sie in diesem Newsletter. Ein ausführliches Programm werden wir im nächsten Newsletter platzieren.

Unser **Tagungsband 2004** ist zwischenzeitlich als Band Nr. 39 unter dem Titel „Ein Job wie jeder andere? Zum Selbst- und Berufsverständnis von Soldaten“, hrsg. von Sabine Collmer & Gerhard Kümmel, in unserer Reihe beim Nomos-Verlag erschienen und Ihnen übersandt worden.

Darüber hinaus enthält dieser Newsletter natürlich wieder eine ganze Reihe **Rezensionen** und **News**.

Der Vorstand des AMS wünscht Ihnen wie immer viel Freude beim Lesen dieses Newsletters. Bleiben Sie dem AMS gewogen!

Auf bald in Strausberg!

Für den Vorstand,

Gerhard Kümmel

NEUMITGLIEDER

Thomas Beer

Implerstraße 8
81371 München

MITGLIEDSCHAFT BEENDET

Reinhard Mackewitsch
Christian Freuding
Kristian Zunke

ANSCHRIFTENÄNDERUNG

Sönke Brecht

Einsteinstraße 11, 85521 Ottobrunn

UNBEKANNT VERZOGEN

Josef Bohrer
Fabian Virchow

VERSTORBEN:

Jürgen Kuhlmann

ERGEBNISPROTOKOLL DER AMS-MITGLIEDERVERSAMMLUNG AM 26.11.05 IN WESSELING BEI BONN

Protokoll: Dr. Sabine Collmer

- Zur Mitgliederversammlung anwesend sind 11 Mitglieder.
- Die Sitzung wird geleitet vom AMS-Ehrenvorsitzenden Dr. Paul Klein
- **Bericht des Vorstands**
Im Berichtszeitraum wurde der Band der Nomos-Reihe „Militär und Sozialwissenschaften“ Bd. 39 herausgegeben. Er trägt den Titel „*Ein Job wie jeder andere? Zum Selbst- und Berufsverständnis von Soldaten*“. Baden-Baden 2005 und dokumentiert die AMS-Jahrestagung 2004. Die Mitgliederzahlen stagnieren weiterhin.
- **Kassenbericht** durch den Schatzmeister Reinhold Brecht:

Bestand am 01.01.04:	46,17 €
Einnahmen im Berichtszeitraum:	+ 9.257,49€
Ausgaben im Berichtszeitraum:	+ 7.050,89€
Bestand am 31.12.04:	+ 2.206,60€

Siehe auch den Finanzbericht von Herrn Brecht im Anhang zu diesem Protokoll.

H. Brecht berichtet, dass die Gemeinnützigkeit des Vereins erneut anerkannt wurde.

- **Vorschläge für die nächste Jahrestagung:**

Themenvorschläge:

- Bundeswehr und Auslandseinsätze
- Zivilgesellschaft und Streitkräfte unter sich wandelnden Bedingungen
- Führerausbildung in der Bw
- Neue Aufgaben für Streitkräfte?
- Führungsphilosophien im Vergleich
- Projekte des SOWI darstellen

- **Diskussion weiterer organisatorischer Vorschläge:**

- ❑ Möglichkeit eines „Mitglieder-Attraktivitätsprogramms“
- ❑ Einfluss des Standortes für die Attraktivität der Jahrestagung: Berlin als „attraktivster“ Veranstaltungsort
- ❑ **Beschluss:** Früheren jahreszeitlichen Rhythmus (AMS-Tagung im Frühjahr) wieder aufnehmen. Kann, wegen organisatorischem Vorlauf, allerdings erst ab 2007 beginnen, dafür in 2006 früher im Herbst.

FF: weitere organisatorische Vorschläge:

- ❑ Bei Tagungen: Instrument der „Podiumsdiskussion“ wieder aufgreifen
- ❑ In jeden Band der Nomos-Reihe eine Seite Eigenwerbung des AMS aufnehmen.
- ❑ Heiko Biehl schlägt vor und übernimmt es, die Ankündigung der AMS-Jahrestagung in der „H-Soz-Kult-Mailingliste“ zu betreiben
- ❑ Aufnahme in das „Intranet“ der Bw: In „Intranet aktuell“
- ❑ Aufnahme in DBwV-Blatt.

- **Entlastung des Vorstandes**

Dr. Klein schlägt die Entlastung des Vorstandes vor. Dies wird einstimmig angenommen.

Garmisch-Partenkirchen, den 2.12.2005

Dr. Sabine Collmer

FINANZBERICHT 2004

Zeitraum: 01.01.2004 bis 31.12.2004

A) *Kontostände am 01.01.2004:*

Girokonto:	€	133,41
Sparbuch:	€	0,00
Bargeldkassen ¹	€	- 87,24
<i>Summe:</i>	€	46,17

B) *Einnahmen:*

Beiträge:	€	4.821,49
Zinsen aus Spareinlagen	€	0,00
Spenden	€	220,00
Einnahmen aus Buchverkäufen	€	121,00
rückzahlungspflichtige Vorschüsse	€	300,00
<u>Einnahmen aus der Jahrestagung 2004</u>	€	<u>3.795,00</u>
<i>Summe der Einnahmen</i>	€	9.257,49

C) *Ausgaben:*

Kontoführungsgebühren	€	9,40
Internet-Provider STRATO	€	23,88
Rückzahlung der Vorschüsse	€	1.101,00
Druckkosten NOMOS-Verlag	€	2.239,30
Manuskriptrechnungen zur AMS-Reihe	€	200,00
Sachkosten Dr. Kümmel	€	58,15
Sachkosten Brecht	€	12,23
<u>Ausgaben für die Jahrestagung 2004</u>	€	<u>3.406,93</u>
<i>Summe der Ausgaben</i>	€	7.050,89

¹ davon - €142,42 bei Herrn Dr. Klein gem. seiner Abrechnung vom 25.02.2004 und + €55,18 bei Herrn Brecht gem. seiner Abrechnung vom 06.02.2004. Das ergibt den oben ausgewiesenen rechnerischen Betrag von - €87,24.

D) Ergebnis aus Einnahmen und Ausgaben: + €2.206,60

E) Kontostände am 31.12.2004:

Girokonto	€	1.641,75
Spareinlagen (Konto aufgelöst)	€	0,00
Bargeldkassen ²	€	611,02
<i>Summe der Kontostände</i>		<u>€ 2.252,77</u>

F) Vergleich der Geldbestände:

Geldbestand aus Kontostand zu <u>A)</u> und Einnahmen:	€	<u>5.508,66</u>
Geldbestand aus Kontostand zu <u>E)</u> und Ausgaben:	€	<u>5.508,66</u>

G) Verbindlichkeiten / Außenstände:

Ausgleich des Sachkostenvorschusses Dr. Klein 2003	€	142,42
Vorschussleistung AMS	€	<u>120,00</u>
<i>Summe Außenstände:</i>	€	120,00

H) Langfristige Vermögensentwicklung (14 Jahre)

Geschäftsjahr 1991	Zuwachs	€ 1.322,01
Geschäftsjahr 1992	Verlust	€ 144,74
Geschäftsjahr 1993	Verlust	€ 424,62
Geschäftsjahr 1994	Zuwachs	€ 227,54
Geschäftsjahr 1995	Zuwachs	€ 830,74
Geschäftsjahr 1996	Zuwachs	€ 3.136,39
Geschäftsjahr 1997	Zuwachs	€ 1.092,97
Geschäftsjahr 1998	Verlust	€ 1.809,63
Geschäftsjahr 1999	Zuwachs	€ 1.601,43
Geschäftsjahr 2000	Verlust	€ 944,61
Geschäftsjahr 2001	Zuwachs	€ 668,84
Geschäftsjahr 2002	Zuwachs	€ 731,65
Geschäftsjahr 2003	Verlust	€ 8.936,00
Geschäftsjahr 2004	Zuwachs	€ 2.206,60
Vermögensentwicklung insgesamt	Zuwachs	€ 1.710,02

² davon €508,07 bei Herrn Dr. Kümmel gem. seiner Abrechnung vom 07.05.2005 und €102,95 bei Herrn Brecht gem. seiner Abrechnung vom 11.02.2005

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES AMS

Der AMS lädt zu einer Mitgliederversammlung im Rahmen der diesjährigen Jahrestagung ein. Die Versammlung findet statt am Samstag, den 29. April 2006, von 19:00 bis 20:30 Uhr in der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (AIK) in Strausberg.

Tagesordnung

- (1) Eröffnung der Mitgliederversammlung
- (2) Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Mitgliederversammlung
- (3) Tätigkeitsbericht des Vorstandes
- (4) Kassenbericht
- (5) Neuwahl des Vorstandes
- (6) Planung 2006/2007
- (7) Verschiedenes

PROGRAMM DER JAHRESTAGUNG DES AMS

Bestandsaufnahme Bundeswehr 2006

28. – 30. April 2006 in Strausberg

Freitag, 28.04.2006

bis 17.00 Uhr	Anreise	
ab 18.00 Uhr	Abendessen	
19.00 – 19.15 Uhr	Begrüßung und Einführung in die Thematik	Sabine Collmer & Gerhard Kümmel
19.15 – 21.00 Uhr	Zur Nachwuchslage der Bundeswehr	Dr. Thomas Bulmahn (SOWI, Strausberg)

Samstag, 29.04.2006

ab 08.00 Uhr	Frühstück	
09.00 – 10.30 Uhr	Die Auslandseinsatzfähigkeit der Bundeswehr	Dr. Sven B. Gareis (SOWI, Strausberg)
10.30 – 11.00 Uhr	Kaffeepause	
11.00 – 12.30 Uhr	Herausforderung Multinationalität: Die Deutsch-Französische Militärkooperation	Heike Abel, Dipl.-Psych. (SOWI, Strausberg)

ab 12.30 Uhr	<i>Mittagessen / Mittagspause</i>	
14.00 – 15.30 Uhr	Die Ordnung der Geschlechter in der Bundeswehr	Dr. Gerhard Kümmel (SOWI, Strausberg)
15.30 – 16.00 Uhr	<i>Kaffeepause</i>	
16.00 – 17.30 Uhr	Podiumsdiskussion: Innere Führung im 21. Jahrhundert	Klaus Ebeling (SOWI, Strausberg) OTL Dr. Hans-Günter Fröhling (Zentrum Innere Führung, Koblenz) Dr. Klaus Naumann (Hamburger Institut für Sozialforschung) Jürgen Rose, OTL d. Bw, Dipl.-Päd., Publi- zist (München) Dr. Claus Frhr. von Rosen (Baudissin- Archiv, Hamburg)
ab 18.00 Uhr	<i>Abendessen</i>	
19.00 – 20.30 Uhr	AMS-Mitgliederversammlung	

Sonntag, 30.04.2006

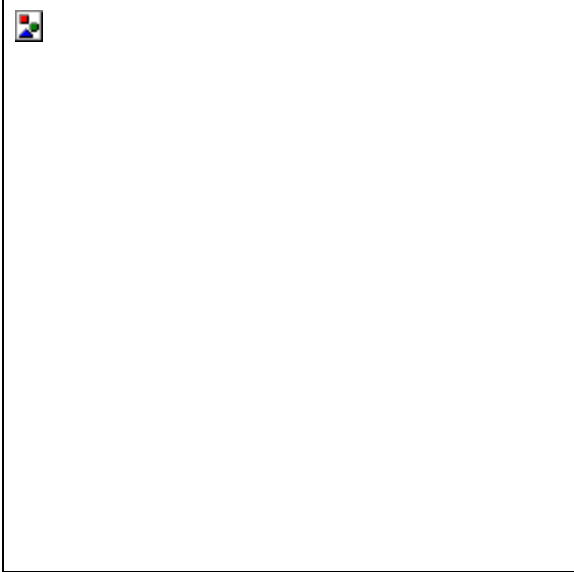
ab 08.00 Uhr	<i>Frühstück</i>	
09.00 – 10.30 Uhr	Die Transformation der Bundeswehr: Umbau ohne Ende?	Dipl.-Biol. Sascha Lange (Stiftung Wis- senschaft und Politik, Berlin)
10.30 – 11.00 Uhr	<i>Kaffeepause</i>	
11.00 – 12.30 Uhr	Bundeswehr und Öffentlichkeitsarbeit	Dr. Olaf Theiler (AIK, Strausberg)
ab 12.30 Uhr	<i>Mittagessen</i>	
13.30 Uhr	Abschlussdiskussion Tagungsende	

Änderungen vorbehalten

Tagungsort und -adresse:

Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Prötzeler Chaussee 20, 15344
Strausberg, Telefon: 03341-58-0

Skizze:

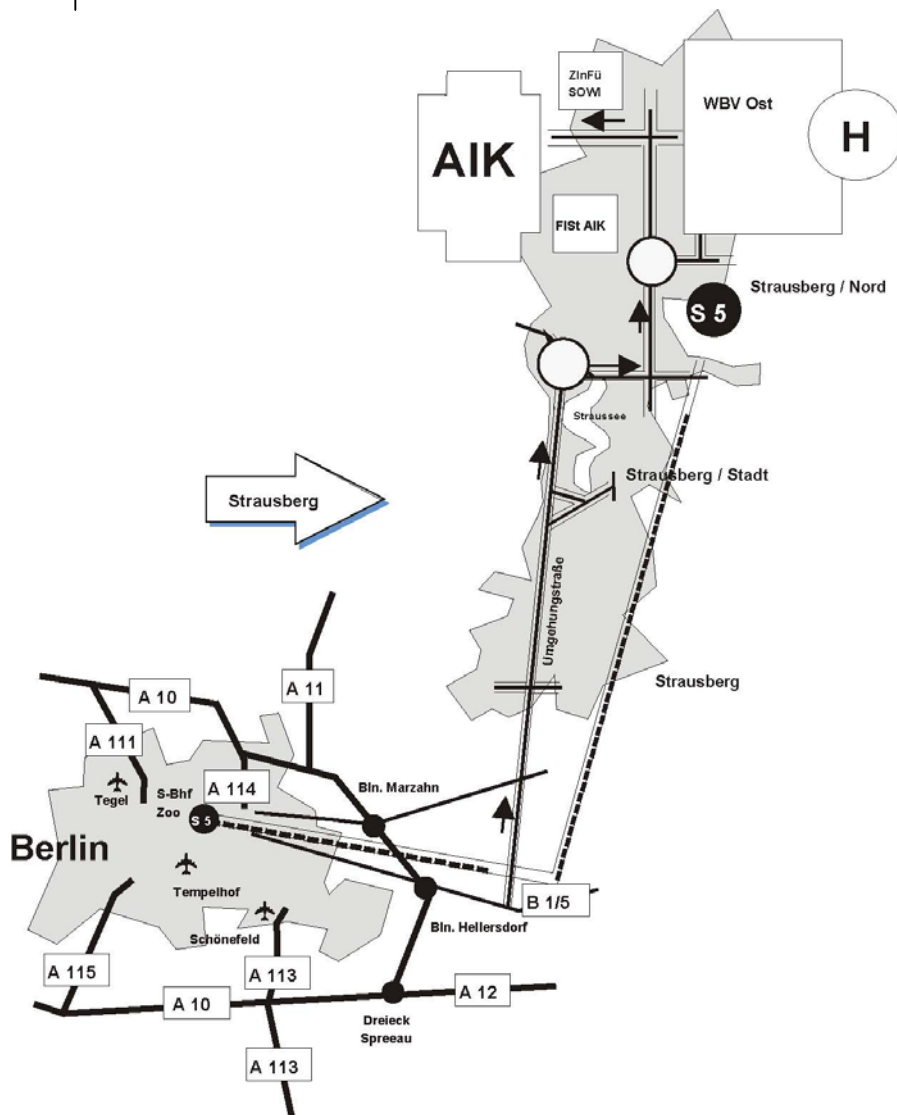


Verkehrsverbindungen ab Berlin:

- S-Bahn Linie 5 ab Berlin Zoologischer Garten, Ostbahnhof und Bahnhof Lichtenberg bis Strausberg/Nord
- A 10 östlicher Berliner Ring, Abfahrt Hellersdorf, B 1/5 Richtung Frankfurt/Oder
- Verkehrslandeplatz Strausberg



Anreiseskizze



Kosten:

(1) Übernachtung und Verpflegung (Variante A):

Zimmer: 30,- € pro Tag = 60,- € pro Person

Verpflegung: 25,- € pro Tag = 50,- € pro Person

Seminargebühr: 20,- €

(2) Verpflegung ohne Übernachtung (Variante B):

Verpflegung: 25,- € pro Tag = 50,- € pro Person

Seminargebühr: 20,- €

(3) Ohne Übernachtung und Verpflegung (Variante C):

Seminargebühr: 20,- €

Anmeldung:

Verbindliche Anmeldungen werden mit beigefügtem Anmeldeformular erbeten bis zum

03. April 2006.

Dr. Gerhard Kümmel (AMS)
c/o Sozialwissenschaftliches Institut
der Bundeswehr (SOWI)

Postfach 11 42
15331 Strausberg
Fax: 03341-58-1802
Email: gerhardkuemmel@bundeswehr.org

**Verbindliche Anmeldung zur Jahrestagung 2006 des AMS in Strausberg
28. – 30. April 2006**

Ich nehme an der Jahrestagung teil und wünsche
Unterkunft und Verpflegung
(Variante A)

Ich nehme an der Jahrestagung einschließlich der
Mahlzeiten teil, benötige aber keine Unterkunft (Va-
riante B)

Ich nehme an der Jahrestagung teil, benötige aber
weder Unterkunft noch Verpflegung (Variante C)

Ich wünsche Unterbringung im
Einzelzimmer
Doppelzimmer
zusammen mit: _____

Name: _____

Anschrift: _____

Datum, Unterschrift: _____

KONFERENZANKÜNDIGUNG

Der Schweizer Verein „Chance Schweiz – Arbeitskreis für Sicherheitsfragen“ plant in Zusammenarbeit mit dem AMS sowie österreichischen und niederländischen Freunden am Wochenende

22. bis 24. September 2006 in Bern

eine internationale Tagung zum Thema

„Wozu eine Armee?“

durchzuführen.

Ziel der Tagung ist es, den Wandel der äußeren und inneren sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen, ihre zunehmende Vernetzung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Aufgaben und die Struktur der europäischen Streitkräfte vergleichend zu diskutieren und zu analysieren. Insbesondere soll deutlich gemacht werden, welche Chancen und Probleme sich beim Wandel von den klassischen Landesverteidigungs- zu Dienstleistungs- und Konstablerarmeen abzeichnen. Zu denken ist dabei an Fragen der Verwendung der Streitkräfte für die Krisenstabilisierung im Ausland und für die polizeiliche Unterstützung im Inland sowie die Terrorismusbekämpfung. Zur Sprache kommen soll auch die Frage, wie weit veränderte Ziele und Aufgaben neue Organisationsstrukturen und Rekrutierungsverfahren bedingen. Die Tagungsperspektive soll europäisch vergleichend sein, d.h. es sollen Erfahrungen und Planungsstände der beteiligten Staaten ausgetauscht werden. Die Organisatoren hoffen, Tagungsteilnehmer(innen) und hochkarätige Referenten aus Deutschland, den Niederlanden, der Schweiz und Österreich begrüßen zu dürfen. Vorgesehen ist, dass der Chef der Schweizer Armee, Korpskommandant Christoph Keckeis die Tagung mit einer Keynote-Adresse eröffnen wird (Einladung platziert).

Provisorisches Programm:

- Key-note Adresse am Freitagabend des Eröffnungstages (22.9.2006),
- themenspezifische Panels am Samstag (23.9.06),
- Roundtablegespräch am Sonntagmorgen, 24.9.06.

Die Tagung wird in den Räumlichkeiten der modernisierten Kaserne Bern, etwa 15 Gehminuten vom historischen Stadtzentrum Berns, stattfinden. Für Übernachtungen zu günstigen Konditionen in nahen Hotels sorgen die Organisatoren. Alles in allem soll die Tagungsgebühr (inkl. Mahlzeiten und Übernachtung) 195 Euro nicht übersteigen.

Reservieren Sie bitte schon jetzt das Wochenende im September.

Adresse der Tagungsorganisation: Karl.Haltiner@milak.ethz.ch

Website des Vereins „Chance Schweiz“: www.chanceschweiz.ch

FÜR UNSERE MITGLIEDER GELESEN

Männer unter sich

Ulrike Brunotte: Zwischen Eros und Krieg. Männerbund und Ritual in der Moderne (Kleine Kulturwissenschaftliche Bibliothek Band 70), Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, 2004, 172 Seiten, ISBN 3-8031-5170-8, 20,50 Euro.

Ulrike Brunotte ist Religions- und Kulturwissenschaftlerin an der Humboldt-Universität Berlin und hat sich hier mit dem Männerbund, seiner Geschichte seit Mitte des 18. Jahrhunderts, seinen Ambivalenzen und seinen Folgewirkungen auseinandergesetzt. Ausgehend von der Beobachtung des zeitgeschichtlichen Kriegsgeschehens und seiner analytischen Bewertung, in deren Zentrum der Befund einer trotz unübersehbarer Erfolge der Frauenbewegung nach wie vor geltenden Konnotation von Männlichkeit und Militär/Krieg steht, erkundet sie das Aufkommen, die Herausbildung und die Entwicklung des Männerbundes in Deutschland und befragt ganz unterschiedliche Quellen dazu (wissenschaftliche Abhandlungen, Gedichte, Liedtexte, Prosa etc.).

In ihrer Studie begegnen uns eine ganze Reihe von mehr oder minder bekannten Namen wie etwa die von Johann Joachim Winckelmann, Heinrich Schurtz, Walter Flex, Rainer Maria Rilke, Thomas Mann, Gottfried Benn, Max Weber, Hermann Schmalenbach, Otto Weininger, Friedrich Ferdinand Nietzsche, Ernst Jünger, Otto Höfler, Lily Weiser und vor allem Hans Blüher, mit dessen Werk und Wirkung sich Brunotte eingehend beschäftigt. Als derjenige, der dem Begriff Männerbund im Sinne einer wissenschaftlichen Kategorie zu Meriten verhalf, gilt dabei der Ethnologe Heinrich Schurtz, der in seiner bekannten Studie aus dem Jahre 1902 “als erster die von der heutigen Ethnologie bestätigte umfassende Verbreitung des Männerbundmodells in Stammesgesellschaften nach[wies]. Seine Pionierleistung bestand vor allem darin, von Männern getragene, freiwillige soziale Organisationsformen zu systematisieren, die neben den ‚natürlichen‘ Verwandtschaftsgruppen wie Familie und Sippe stehen: Männerhäuser, Clubs und Vereine bis hin zu Krieger- und Geheimbünden.” (S. 27) Sie gelten ihm als Modell der Entstehung progressiver Gesellschaftsformen, das “von dem Versprechen sozialer Konfliktlosigkeit begleitet” wird (S. 33).

In einer Gesellschaft wie der des Deutschen Kaiserreiches, die sich damals in einem großen sozialen Umbruch befand, zu der auch eine Krise der Männlichkeit zählte, gewann der Begriff Männerbund sehr schnell eine Bedeutung jenseits des akademischen Raumes. Der Wandervogel und die Jugendbewegung dieser Zeit sind vor diesem Hintergrund zu verstehen. Eine große Rolle spielt hierbei besagter Hans Blüher, “der den Männerbund zum radikalen Gegenmodell der gemischten demokratischen Gesellschaft erhob und die Figur des ‚Führers‘, seines ‚Männerhelden‘, zu seinem vitalen Zentrum erklärte.” Und er war es auch, “der im ‚mann-männlichen Eros‘ (...) das eigentliche Bindemittel aller Männerbünde erkennen wollte.” (S. 34) Dazu gehörten selbstverständlich auch Ressentiments gegen jegliches Weibliche, dann aber auch gegen das Jüdische, so dass Hans Blüher als wichtiges, wenn gleich durchaus auch ambivalentes Bindeglied zwischen der Wandervogelbewegung und Freikorps und SA fungiert, was aber ausführlicher hätte erörtert werden können.

Weil die “sinnliche Sehnsucht, die im Naturerleben und mehr noch im Erleben und Phantasieren der Männerfreundschaft verkörpert wurde”, aber nicht in offene homoerotische Sexualität münden konnte, erfolgt bei dann bei Walter Flex’ “Wanderer zwischen den Welten” eine Verschiebung “homoerotischer Wünsche auf die Waffen und den tödlichen Kampf”. Der Sturmangriff mutiert zur Stillung der Homoerotik. (S. 47) Im “Cornet” inszeniert dann Rainer Maria Rilke den Tod auf dem Schlachtfeld als Erlebnis, als Fest, als Rausch und als Ekstase, bevor Ernst Jünger den Soldaten “[i]n einem Jenseits der Geschlechterspannung und der ödipalen Generationenkonflikte” verortet und in ihm, als “Versuch einer ‚Selbstschöpfung‘”, eine “elternlose[] Neugeburt [beschwört], die aus der Beherrschung der ‚Todeszone‘ erwächst.” (S. 61) Der Männerbund wird vor diesem Hintergrund dann nicht nur militärisch, sondern auch politisch nützlich und nutzbar. Entsprechend finden sich bei Brunotte breite Ausführungen zum Mythos von Langemarck, der in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus weidlich ausgeschlachtet wurde.

Damit endet Ulrike Brunotte, und es wird deutlich, dass ihre Darstellung auf den Zeitraum vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis Mitte des 20. Jahrhunderts fokussiert, so dass das im Untertitel enthaltene Versprechen, der Bezug zur Gegenwart, leider nicht eingelöst, geschweige denn systematisch be-

handelt wird. Dadurch bleibt, so der Grundeinwand gegen dieses gleichwohl faszinierende Buch, der Eindruck des Unfertigen, des Unvollendeten.

Gerhard Kümmel

Die Selbstmordattentäterin: Protagonistin der Emanzipation?

Claudia Brunner: Männerwaffe Frauenkörper? Zum Geschlecht der Selbstmordattentate im israelisch-palästinensischen Konflikt (Konfliktforschung Band 17), Wien: Braumüller, 2005, 162 Seiten, ISBN 3-7003-1490-6, 21,90 Euro.

In der jüngeren Vergangenheit finden sich in der Tagespresse vermehrt Meldungen über Selbstmordattentate. Gerade aus dem Irak kommen immer wieder derartige Presseberichte, die in den Gesellschaften des Westens zumeist Befremdlichkeit, Verständnislosigkeit und Kopfschütteln hervorrufen. Zu fern, zu abstrus, ja, zu verrückt erscheint die Vorstellung, eine Operation durchzuführen, bei der der eigene Tod nicht allein als Möglichkeit im Raum steht, sondern Gewissheit und noch dazu Voraussetzung für den Erfolg der Mission ist. Was mag wohl einen Menschen dazu bewegen, solches zu tun? Gibt es überhaupt so etwas wie eine Rationalität, die hinter diesen Phänomenen steckt? Oder haben wir es hier schlicht mit einem pathologischen Phänomen zu tun?

Die Forschung zu diesem Gegenstand hat ganz im Gegensatz zur Pathologie-Vermutung zwischenzeitlich ganz andere Erkenntnisse gewonnen. Danach ist das Selbstmordattentat vorrangig als eine Waffe des Schwächeren zu verstehen, der sich einem Gegner gegenüberstellt, dem sich mit ‚normalen‘ Mitteln nicht widerstehen lässt. Der asymmetrische Krieg ist also der Ort, an dem das Selbstmordattentat vor allem in Erscheinung tritt und wo es seine militärische Rationalität gewinnt. Das Selbstmordattentat ist zuvörderst eine Kommunikationsstrategie. Es kommt ihm auf die psychologische Wirkung an, die es auslöst: Gegenüber der Binnengruppe erwartet man sich von ihm eine Mobilisierungsfunktion. Gegenüber der gegnerischen Gruppe hofft man auf eine demoralisierende Wirkung. Und gegenüber der Weltöffentlichkeit soll es einen Dritten für die Sache des Schwächeren interessieren und begeistern.

Claudia Brunner fragt in ihrem Buch nun nach dem Geschlecht der Selbstmordattentate und untersucht den medialen Diskurs über die Fälle von weiblichen Selbstmordattentätern im israelisch-palästinensischen Konflikt, die ab dem Jahre 2002 zu verzeichnen sind. Konkret fragt sie danach, welche Folgen dies für die Geschlechterordnung in der palästinensischen Gesellschaft hat, ob „palästinensische Selbstmordattentäterinnen einen Akt der Gleichberechtigung [vollbringen], indem sie sich selbst und möglichst viele Israelis töten und somit zu gleichen Taten schreiten wie palästinensische Männer dies seit etwa zehn Jahren tun“ (S. 1), und ob „das männliche Gewaltmonopol durch von Frauen verübte Anschläge brüchig oder nur als solches verstärkt [wird].“ (S. 3)

Die Autorin beginnt auf der Basis einer feministischen Sicht auf die Disziplin der Internationalen Beziehungen mit einer Skizze der Geschichte und der Akteure des israelisch-palästinensischen Konflikts und kontrastiert anschließend die westliche Sicht auf die Lage der Frau in der palästinensischen Gesellschaft, die in aller Regel die durchaus vorhandene Tradition der Rolle der Frau als Kämpferin vernachlässigt, mit der tatsächlichen Lage der Frauen in Palästina. Zu den vorbereitenden Passagen gehören überdies die Ausführungen über das Selbstmordattentat im Allgemeinen wie über das Selbstmordattentat durch Frauen im Besonderen in anderen Teilen dieser Welt, so etwa die Black Tigers in Sri Lanka oder die Schwarzen Witwen im Tschetschenien-Konflikt. Sodann geht Brunner ausführlich auf sieben Selbstmordattentate ein, die zwischen Januar 2002 und Januar 2004 unter der Ägide aller wichtigen palästinensischen Organisationen verübt worden sind. Dazu zeichnet sie detaillierte und aufschlussreiche Porträts, ‚Phantombilder‘, der sieben Palästinenserinnen, die einen Selbstmordanschlag erfolgreich durchgeführt haben, sowie einer weiteren, deren Unterfangen gescheitert ist.

Gemeinsam ist diesen Selbstmordattentäterinnen beispielsweise, dass sie Kinder der Ersten Intifada sind, persönliche Traumatisierungen erlebt haben und das nationale Projekt der palästinensischen Gesellschaft vollauf unterstützen. Gemeinsam ist ihnen aber auch, dass Emanzipationsüberlegungen und –motive bei den meisten von ihnen keine nennenswerte Rolle gespielt haben: „Ein von Frauen begangenes Selbstmordattentat als Akt der Emanzipation zu bezeichnen, ist eine Frage, über die man maximal theoretisch streiten kann, die jedoch aufgrund des bisher Gesagten eindeutig zu verneinen ist.“

(S. 130) Und weiter: "Rückbezogen auf die theoretische Ebene der feministischen Kritik heißt das, dass die bisher von Frauen verübten Selbstmordattentate als Spiegelung männlicher Werte verstanden werden können." (S. 136) Obwohl Brunners Studie als Beleg dafür zu lesen ist, dass in Phasen einer Zuspitzung eines Konflikts lange Zeit gültige Geschlechtsrollenvorstellungen fluide werden, hält sie die dadurch ausgelöste Geschlechterirritation von letztendlich doch nur vorübergehender Natur. Zwar bringt die Zuspitzung des Konflikts die männlichen Kriegsherren dazu, das Instrument des Selbstmordattentats einzusetzen, was wiederum ein weiteres eskalatorisches Moment in dem Konflikt darstellt, doch die Regie entgleitet den männlichen Kriegsherren nach Einschätzung Brunners nicht. So wird der Frauenkörper zur Männerwaffe. Claudia Brunner hat damit einen wichtigen Beitrag nicht nur zum Phänomen des Selbstmordattentats und damit zur Gewaltsoziologie, sondern auch und vor allem zur Soziologie der Geschlechter geleistet.

Gerhard Kümmel

Das Imperium kehrt zurück: Verführungskraft und Kritik des imperialen Gedankens

Sabine Jaberg & Peter Schlotter (Hg.): Imperiale Weltordnung – Trend des 21. Jahrhunderts? (AFK-Friedensschriften Band 32), Baden-Baden: Nomos, 2005, 316 Seiten, ISBN 3-8329-1231-2, 29,- Euro.

Der vorliegende Sammelband zur Frage nach der Aktualität des imperialen Gedankens im 21. Jahrhundert geht auf ein Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (AFK) im Februar 2004 in Iserlohn zurück. Dieser jüngste Band der AFK-Friedensschriften umfasst eine ganze Reihe der Iserlohner Tagungsbeiträge in überarbeiteter und aktualisierter Form wie auch neu und gezielt für diese Anthologie gewonnene thematisch relevante Artikel. Insgesamt kommt so die stattliche Zahl von 14 Einzelbeiträgen zusammen, denen ein ausführlicher, fundierter und gelungener Einleitungsbeitrag aus der editorialschen Feder *Sabine Jabergs* und *Peter Schlotters* voransteht. Ein Anhang mit Stichwortregister, Angaben zu den Autoren und Autorinnen sowie Informationen über die AFK komplettieren den Band. Die deutlich über 300 Seiten des Werkes finden sich zwischen zwei zitronengelben Buchdeckeln gepresst, deren Farbe und Layout im Übrigen den Rezensenten nicht so recht ansprechen wollten.

Wichtiger als die Form ist jedoch der Inhalt, und der ist recht ansehnlich: Das Buch gliedert sich in vier große Abschnitte ("Imperialer Frieden", "Diskurse", "Militär, Wirtschaft und Recht" und "Gegenstrategien"). In dem ersten Abschnitt fragt *Peter Bender* nach der Vergleichbarkeit der *pax romana* mit der *pax americana*. Dabei hebt er als grundlegenden Unterschied den Umstand hervor, dass das Römische Reich viel stärker auf Territorialität, auf formale Annexion hin fokussiert war als die USA, während das amerikanische Imperium viel stärker informellen Charakters, also ein "Empire light" (S. 38) sei. Beiden attestiert er jedoch, häufig übersehen, eine nicht unerhebliche Pazifizierungsfunktion und -fähigkeit; sie seien "eindrucksvolle Beispiele, dass Imperien lange Zeit erträglich sein und Frieden erhalten können, wo sonst Ungewissheit, Unruhe und Unfrieden geherrscht hätten." (S. 42) Der zweite Aufsatz dieses Abschnittes stammt von *Herfried Münkler*, der idealtypisch Staatengemeinschaft und Imperium als alternative Ordnungsmodelle der internationalen Beziehungen einander gegenüberstellt. Seines Erachtens bedarf es seitens der Staatengemeinschaft eines weltweiten Engagements bei der Förderung, Konsolidierung und Sicherung von Staatsbildungsprozessen und der Bereitschaft, die Machtasymmetrien zwischen den Akteuren überschaubar zu halten. "Ist dies nicht der Fall, kommt es sehr schnell zur Hegemonialisierung, damit verbunden zur Entwicklung imperialer Strukturen, die die pluriverse Staatenwelt überlagern und ‚Weltinnenpolitik‘ in eine Aufgabe der globalen Vormacht verwandeln. In exakt dieser Situation befinden wir uns gegenwärtig." (S. 58)

In dem zweiten Abschnitt geht es um die diskursive Konstruktion von Imperien. Während sich *Silke Wenk* am Beispiel des Irakkrieges dem Bereich der visuellen Politik und des Militainment widmet und herausarbeitet, wie die visuellen Medien diesen Krieg imperial inszenieren und dass dabei "die Bilder verallgemeinerter, zusehends universalisierter Bilder des Weiblichen oder von ‚Frau und Kind‘, die für das Bedrohte und zu Verteidigende stehen" (S. 90) und somit Legitimität produzieren, eine erhebliche Rolle spielen, dekonstruiert *Lutz Schrader* unter Rückgriff auf den Foucaultschen Diskursbegriff die amerikanische Debatte über das Imperiale. Hierbei trifft er die wichtige Unterscheidung "zwischen ‚Empire‘ als akteursbezogener *Strategie* und als strukturbezogenes *Weltordnungsmodell*" (S. 102). Am

Ende seiner Ausführungen konstatiert er ein Abebben des ‚Empire-Narrativs‘, das aber nur vorübergehender Natur sei: „Vorerst werden wir wahrscheinlich die Rückkehr zur ‚Erzählung‘ vom gutwilligen Hegemon erleben, ehe die Anhänger des Empire-Projekts erneut zum Angriff blasen.“ (S. 113) *Ingo Take* fragt sodann unter Rückgriff auf die Hegemonietheorie Robert Gilpins danach, ob die USA schon Imperium oder noch Hegemon sind. Der unübersehbare Trend zum Unilateralismus ist jedoch mit Kosten verbunden: So kann er beispielsweise die Folgebereitschaft der bisherigen Kooperationspartner beeinträchtigen oder in einen imperial overstretch münden. Take argumentiert deshalb, dass der Ausflug Washingtons in imperiale Gefilde ein kurzer war und nunmehr eine Rückkehr zur bloßen Hegemonialpolitik erwartbar ist. Schließlich beschäftigt sich *Sonja Buckel* mit materialistischen Theorien des Internationalen, die bei aller Unterschiedlichkeit und Binnendifferenzierungen „in wichtigen Grundannahmen übereinstimmen – etwa darin, dass eine ‚globale Vergesellschaftung‘ auf dem Weg ist, die ein transnational-westliches Kontrollregime hervorbringt, in welches diverse Agenturen mit Staats- und Rechtsfunktionen als ‚Verdichtungen zweiter Ordnung‘ eingebunden sind“ (S. 155) Dabei erteilt sie Hoffnungen auf eine Gegenmachtbildung durch Europa eine Absage, denn „die europäischen Eliten [sind] längst in die Verwaltung des Empire eingebunden“ (S. 155).

Der dritte Teil enthält Beiträge zu den Mitteln, mit denen hegemoniale oder imperiale Politik auf verschiedenen Feldern betrieben wird. *Gerhard Piper* analysiert für das Feld Militär detailliert das beispiellose amerikanische Stützpunktsystem, das sich „voluntaristisch“ (S. 167) entwickelt hat, und seine Veränderungen, die in enormen Redislozierungen der Streitkräfte und der Schließung von Basen bestehen. Waren diese vormals zur Verteidigung des Gastlandes bestimmt, so liegt ihre derzeitige Funktion überwiegend darin, „Sprungbrett für Militärinterventionen in Drittländern“ (S. 167) zu sein. Dieses wird durch kostenintensive Modernisierungsprogramme (Network Centric Warfare) unterstützt und ergänzt. Dieses Transformationsvorhaben weist jedoch immanente Widersprüche auf: „Wie will sie [die Regierung] mit weniger Soldaten die Interventionsfähigkeit der Streitkräfte erhöhen, wenn die Zahl der Militärstützpunkte in Übersee abnimmt, während gleichzeitig deren Verteilung auf mehr Länder ausgeweitet wird?“ (S. 183) Für den Bereich Wirtschaft diskutiert *Hartwig Hummel* neogramscianisch die Herstellung, Rekonstruktion und (beginnende) Dekonstruktion der Hegemonie des ‚Washington-Konsens‘ in der Weltwirtschaftsordnung. Die Prägekraft des Washington Consensus trifft in der jüngeren Vergangenheit nicht nur auf den Widerstand der zivilgesellschaftlichen globalisierungskritischen Bewegungen, sondern vermehrt auch auf die Opposition von Regierungen aus Ländern des Südens, so dass Hummel eine Krise dieser Hegemonialordnung konstatiert. In dem Feld Recht setzt sich *Martina Haedrich* mit der UNO und dem – letztlich gescheiterten – Versuch ihrer Instrumentalisierung durch die USA im Sinne einer völkerrechtlichen Deutung des Irakkrieges als Instrument antizipatorischer Selbstverteidigung auseinander, konstatiert aber, dass „sich ein Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung gegen terroristische Vereinigungen – und damit gegenüber nichtstaatlichen Institutionen – zu etablieren begonnen“ (S. 213) hat. *Werner Ruf* ergänzt dies durch eine Analyse der Praxis im Nachkriegsirak im Hinblick auf ihre Folgen für das Völkerrecht. Hier diagnostiziert er bedingt durch die „Arroganz der Macht“ (S. 232) seitens der USA eine Erosion des Völkerrechts, die ein „neues Völkergewohnheitsrecht“ (S. 232) etabliert.

Der letzte Abschnitt des Sammelbandes fragt schließlich nach möglichen Gegenstrategien. Hier betonen die jeweiligen Autoren und Autorinnen die Notwendigkeit eines umfassenden und kombinierten Ansatzes, der anders als ein sich selektiv auf ein Instrument stützendes Vorgehen in der Lage sein kann, ‚eine andere Welt zu schaffen‘. Denn, so *Sylvia Servaes* in ihrem Beitrag, der sich mit Gegenmachtbildung, ziviler Konfliktbearbeitung und Entwicklungszusammenarbeit in den neuen Kriegen beschäftigt, „[a]llein der Aufbau von ‚Gegenmacht‘ von unten kann sich unter Umständen sehr schnell als kontraproduktiv, wenn nicht im wahrsten Sinne des Wortes als tödlich erweisen.“ (S. 251) So plädiert denn auch *Friederike Habermann* in ihrem Artikel zur Frage nach dem strategisch besten Mittel und dem Ort, um zum Angriff auf die bestehenden hegemonialen Strukturen in den internationalen Beziehungen zu blasen, dafür, reformerische, revolutionäre und „glokale Inseln“ (S. 269) und selbstorganisierte Strukturen fördernde Ansätze parallel zu verfolgen. Auch theoretische Mithilfe und Abstützung ist unabdingbar, wie *Matthias Gillner* in seinem Beitrag über Theorien internationaler Gerechtigkeit ausführt. Dazu gehört, dass diese sich nicht scheuen dürfen, „die gewaltigen ökonomischen und kulturellen Herrschaftsstrukturen als zentrales internationales Gerechtigkeitsproblem [zu] thematisieren.“ (S. 285) In jedem Fall muss, so *Tanja Brühl* in dem abschließenden Kapitel des Sammelbandes, „Gerechtigkeit in einem globalen Kontext“ (S. 289) gedacht werden. Internationale Institutionen wie die Bretton-Woods-Organisationen und die UNO könnten dazu einen wesentlichen Beitrag leisten.

Doch sind ihre Möglichkeiten, Verteilungsgerechtigkeit zu fördern, begrenzt, weil es häufig an der Verfahrensgerechtigkeit innerhalb dieser Institutionen selbst mangelt.

Die hier versammelten Beiträge sind vielstimmig; sie geben keine eindeutige Antwort auf die Frage, ob die imperiale Weltordnung nun tatsächlich der "Trend des 21. Jahrhunderts" ist. Dennoch sind sie gewinnbringend zu lesen, weil sie eine Vielzahl verschiedener Bereiche und Aspekte behandeln und damit die Bandbreite der Debatte über das Imperiale widerspiegeln.

Gerhard Kümmel

Rituale im Militär: Die Demaskierung eines Herrschaftsinstruments als Systemkritik

Markus Euskirchen: Militärrituale. Analyse und Kritik eines Herrschaftsinstruments (Hochschulschriften 59), Köln: PapyRossa, 2005, 250 Seiten, ISBN 3-89438-329-1, 17,50 Euro.

Bei diesem Buch handelt es sich um die überarbeitete Fassung einer Dissertation, die, gutachterlich betreut durch die Professores Ekkehart Krippendorf und Wolf-Dieter Narr und finanziert durch ein Promotionsstipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung, im Jahr 2004 an der Freien Universität Berlin angenommen worden ist. Sie widmet sich thematisch einem Feld, das bislang noch nicht ausgiebig und intensiv beackert worden ist, gleichzeitig aber in seiner Bedeutung für die Streitkräfte und darüber hinaus zentral ist, muss doch bezweifelt werden, so Markus Euskirchen in seinem einleitenden Kapitel, "ob Militär ohne Rituale überhaupt funktionsfähig ist" (S. 13). Behandelt werden Militärrituale nicht allein "als hermetisch geschlossenes System in seiner Wirkung nach innen auf Rekruten, Soldaten, Angehörige, Initiatoren, usw.", sondern vor allem die "Wechselwirkung zwischen Militärritual und Gesellschaft". Militärrituale begreift Euskirchen als "funktional (...) für die Reproduktion nicht nur des Militärischen, sondern des militärisch ‚gesicherten‘ gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs moderner bürgerlicher Gesellschaft", so dass "Staat, Nation, Kapitalverwertung und Geschlechterordnung (...) die Herrschaftsverhältnisse [sind], die es im Zusammenhang mit einer Untersuchung von Militär Ritualen in erster Linie zu kritisieren gilt." (S. 14) Sie haben einen "Formierungscharakter nach innen" und einen "Demonstrationscharakter nach außen", also eine "Herrschaftsfunktion" in einem "Herrschaftsdiskurs", der sich allerdings mit einem "Gegendiskurs" konfrontiert sieht (S. 15).

Im zweiten Kapitel ("Ritualtheorien und Militärrituale") erfolgt die theoretische Grundierung des Buches und eine Erörterung des religiös konnotierten Begriffes Militärritual, dem gegenüber dem Terminus Militärzeremonie/-zeremoniell der Vorzug gegeben wird, weil darin "die Funktion der Herstellung von Glauben an Staat, militärische Sicherheit, Nation, usw. zum Ausdruck" kommt (S. 33) und sein Charakter als Herrschaftsinstrument deutlich wird. Das dritte Kapitel erläutert den Zusammenhang von Militär, Staat, Nation und Kapitalismus, wobei die These entfaltet wird, dass das Militär neben seiner "Gewaltfunktion" jenseits der Staatsgrenzen "auch einen zentralen Anteil an der gewaltsamen Aufrechterhaltung von Herrschaftsverhältnissen *innerhalb* der bürgerlichen Gesellschaft" hat (S. 59).

Darauf folgen in den Abschnitten vier und fünf eine ausführliche Beschreibung des Wachbataillons der Bundeswehr, der zentralen militärischen Einheit mit militärrituellen und staatsrepräsentativen Aufgaben, und eine Darstellung des Ablaufs und der Funktionen zentraler militärischer Rituale wie Gelöbnis, Staatsempfang, Begräbnis mit militärischen Ehren, Staatsbegräbnis, Kranzniederlegung und Großer Zapfenstreich. So werden etwa dem Gelöbnis "eine Kontrollfunktion durch die Anwesenheit und Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit; eine Integrationsfunktion für den einzelnen Rekruten in die soldatische Gemeinschaft; eine Sicherungsfunktion durch die emotionale Bindewirkung des Zeremoniells; eine Bewußtmachungsfunktion aufgrund der rationalen Auseinandersetzung mit der soldatischen Rolle im Staat schon im Vorfeld der Veranstaltung; und eine ethisch-religiöse Funktion mit zusätzlicher Erhöhung der Bindungskraft des Eide" attestiert (S. 104). Und bei dem Großen Zapfenstreich wird betont, dass hier "[w]ie in kaum einem anderen Zeremoniell der Bundeswehr (...) die unterschiedlichen Elemente des Militärzeremoniells zusammengeführt und mit einer geradezu sakralen Ästhetik öffentlichkeitswirksam inszeniert [werden]." (S. 135) Insgesamt haben die verschiedenen Typen von Militärritualen Euskirchen zufolge unterschiedliche Funktionen: das Gelöbnis ist ein militärisches Initiations- und Gewissenssuspendierungsritual, der Staatsempfang mit militärischen Ehrenritualen dient der Machtvisualisierung, die zeremonielle Kranzniederlegung ist wesentlich Traditionspflege und -konstruktion, und das militärische Begräbniszeremoniell dient der Todessehnsuchts- wie

auch der Heldenproduktion. Ihnen allen gemein ist “ihr Charakter kultureller Gewalt, der dazu dient, direkte oder strukturelle Gewalt zu rechtfertigen oder zu legitimieren.” (S. 141)

Diese Mechanismen im Sinne eines Gegendiskurses mit einer radikalen Ritualkritik offen zu legen ist für Euskirchen im sechsten Kapitel das Gebot der Stunde, um damit “der aktuellen Remilitarisierung der Gesellschaft” (S. 169) entgegen zu wirken. “Eine Kritik der Militärriuale, die zur Kritik des Militärs und militarisierten Gesellschaft überleitet, rechtfertigt sich also nicht nur – intellektuell – aus der Begrenztheit der immanenten Abwägungen zum Thema. Sie begründet sich vielmehr – politisch – vor dem Hintergrund deutscher und europäischer Militarisation und der gewaltsamen Aufrechterhaltung einer gesellschaftlichen Reproduktion, die die (sozialen wie auch ökologischen) Grundlagen ihrer selbst zerstört – nicht nur im Krieg, sondern auch im mit militärischen Mitteln aufrechterhaltenen kapitalistischen Frieden.” (S. 170) Radikalkritik an Militärriualen wird damit zu einer Schelte des Staates, des Nationalismus und des Kapitalismus; sie ist radikale Herrschaftskritik. Diese darf jedoch nach Euskirchen nicht im Elfenbeinturm, im Intellektuellen verharren, nein, radikale Kritik ist eine Kritik “in Konzept und Tat”. Sie erfordert eine “Verweigerung gegenüber dem nationalisierten Vergesellschaftungskonzept und die Kritik des Schlusses, gegen diese Verhältnisse nicht opponieren zu können (...) [wie] auch organisierte Selbstverteidigung gegen die Stigmatisierung, Marginalisierung, Kriminalisierung, Psychopathologisierung, Sanktionierung als Schmarotzer” (S. 201). Mittel und Wege können dabei eine “kontinuierliche Gegengeschichtsschreibung”, die “Totalverweigerung”, die “Rüstungssteuerverweigerung”, “Aufrufe zur Desertion” und “Unterstützung von Deserteuren” ebenso wie “Streiks”, “Blockade”, “Sabotage” und eine “Kommunikationsguerilla” sein, die Herrschaft bloßstellt (S. 201-206)

Insgesamt betrachtet hat Markus Euskirchen ein Buch vorgelegt, das sich intensiv mit einem bislang vernachlässigten Themenfeld auseinandersetzt. Demzufolge wird es für dieses thematische Feld eine einschlägige Referenz sein und bleiben. Man kann dieses Buch mit großem Nutzen lesen und viel über Rituale im Militär und deren Bedeutung lernen, selbst wenn man, so wie der Rezensent, die damit verbundene materialistische Systemkritik zuweilen als arg penetrant und störend empfindet.

Gerhard Kümmel

Deutschland braucht eine Strategiedebatte

Sven Bernhard Gareis: Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Einführung, Opladen: Verlag Barbara Budrich, 2005, 266 Seiten, ISBN 3-938094-16-8, 19,90 Euro.

Ein Händchen für Einführungen beweist einmal mehr Sven Gareis, der sich in seinem jüngsten Werk mit Deutschlands Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik beschäftigt. Das Buch ist sehr klar und übersichtlich strukturiert: Es gliedert sich in die drei großen Abschnitte “Grundlagen”, “Ausgewählte Handlungsfelder” und “Perspektiven”. Der erste Abschnitt setzt sich aus insgesamt fünf Kapiteln zusammen, die ihren jeweiligen Gegenstand knapp und gleichzeitig prägnant aufbereiten. Gareis beginnt mit einer Klärung der Begriffe Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und einer Darstellung des für diese Politikbereiche im politischen System Deutschlands zur Verfügung stehenden Entscheidungsapparates und geht dann über zu einer Skizze der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik von den Anfängen nach Kriegsende bis 1989/90. Dem folgt eine Erörterung der Veränderungen im internationalen System und der Herausbildung neuer Sicherheitsrisiken etwa durch den transnationalen Terrorismus und der in deren Gefolge vorgenommenen Anpassungen und Veränderungen in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Ausführungen über den Begriff des Interesses als Analysekategorie beschließen diesen Abschnitt.

Im zweiten Abschnitt beschäftigt sich Gareis in insgesamt sechs ebenso übersichtlich und auf den Punkt gebrachten Kapiteln mit den zentralen Handlungsfeldern und institutionellen Andockungsstationen deutscher Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Entsprechend behandeln wir die deutsche Europapolitik und die EU, die deutsche Verteidigungspolitik und die NATO sowie die deutsche Politik in der Welt und die UNO. Kapitel über die Bundeswehr als außenpolitisches Instrument im Sinne einer Einsatzarmee, über die Herausforderung durch den Terrorismus und zur Krisen- und Konfliktprävention vervollständigen diesen Abschnitt. Ein resümierendes Kapitel im dritten Abschnitt beschließt den Band.

Deutlich werden in der Darstellung die Konstanten, aber auch die Veränderungen in der deutschen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit Ende des Zweiten Weltkrieges, die bis 1989/90 durch eine recht weitgehende Kontinuität gekennzeichnet ist, während für die Zeit seit Beginn der 1990er Jahre und insbesondere die Ära der rot-grünen Koalition selbst größere Veränderungen und neue Akzente zu verzeichnen sind. Mit besonderer Sorge beobachtet Gareis dabei die zunehmende assertiveness des ‚deutschen Weges‘, d.h. einer stärker renationalisierten Außenpolitik in der zweiten Amtszeit der Regierung Schröder/Fischer, wonach “sich durchaus ein Paradigmenwechsel in der Außenpolitik weg von der Integration hin zu einer eigenständigeren Position Deutschlands im Internationalen System ab[zeichnet].” (S. 224). Dies gilt nicht nur für den Bereich der transatlantischen Beziehungen, sondern auch für die deutsche UN-Politik. So “steht eine schlüssige politisch-strategische Antwort auf die Frage aus, welchen Mehrwert eine deutsche Ständige Mitgliedschaft [im UN-Sicherheitsrat] für Deutschland, Europa und die Welt bedeuten würde. (...) Es kann nicht im Interesse Deutschlands sein, einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu erkämpfen und dabei Schaden für die europäische Integration in Kauf zu nehmen.” (S. 162)

Entsprechend kritisch ist das Urteil über die außen- und sicherheitspolitische Bilanz der rot-grünen Regierung. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts charakterisiert Gareis als “eine zunehmend dem Moment verhaftete, sprunghafte und dezisionistische” (S. 225), in deren Verlauf das internationale Renommee Deutschlands gelitten habe. Der Machtzuwachs Deutschlands nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der deutschen Wiedervereinigung bedeutet eine noch größere Verpflichtung zum sorgsamem und verantwortungsbewussten Umgang mit dieser Macht. Und er bedeutet auch, dass Deutschland einen “Kompass” (Hans-Peter Schwarz) in der Außen- und Sicherheitspolitik benötigt. Entsprechend beklagt Gareis nicht nur mehrfach das Fehlen einer längst überfälligen Strategiedebatte in Politik und Gesellschaft in Deutschland, sondern auch die Notwendigkeit, entsprechende Ressourcen (Finanzen, Personal, etc.) dauerhaft und verlässlich hierfür bereitzustellen.

Gareis hat ein sehr gutes Einführungsbuch geschrieben, dessen Kauf die studentische wie auch die pädagogische Leserschaft, an die es sich vornehmlich richtet, folglich auch nicht bereuen wird. Aber auch der allgemeinen Öffentlichkeit sei dieses Büchlein ans Herz gelegt. Wer sich schnell einen Überblick über deutsche Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, ihre zentralen Handlungsfelder, Probleme und Entwicklungen informieren möchte, ist mit dem vorliegenden Buch gut bedient.

Gerhard Kümmel

NEWS

- *Gute Laune von der Bundeswehr. Welt Kompakt, 27. September 2005, S. 30.*

Jubel im Dorf Lahna Mah: Kinder und bärtige Männer umringen die deutschen Soldaten, die in kugelsicheren Westen die Zeitung der internationalen Schutztruppe IstaF verteilen. Damit wirbt die Bundeswehr in der Provinz Kunduz für ihre Akzeptanz. „Wir machen PR“, sagt Major Andreas Schmidt. Er ist Chef einer kleinen Einheit mit dem Namen „Operative Information“, auch „psychologische Verteidigung“ genannt. Hier im Norden Afghanistans ist es durch die IstaF-Schutztruppen ruhig, hier geht es um Wiederaufbau, auch den einer Medienlandschaft. Die IstaF-Zeitung erscheint in der Provinz Kunduz zweimal im Monat mit einer Auflage von 26 000 Stück auf Englisch, Dari und Paschtu; im ganzen Land werden 302 000 Stück gedruckt. Die 16seitige Zeitung wird kostenlos verteilt. Sie ist vielfarbig, mit Sport- und Lokalteil, aber vor allem voller Fotos. Da die meisten Afghanen Analphabeten sind, müssen visuelle Reize geschaffen werden. „In den Dörfern lesen die Ältesten die Zeitung vor, aber inzwischen gibt es auch Kinder, die ihren Eltern vorlesen“, so Schmidt. Die Intention ist für den Major klar: „Wir wollen unsere Truppen schützen, indem wir positive Nachrichten verbreiten und zeigen, mit welchen Projekten die Bundeswehr das Land voranbringt. Zur Eigenwerbung der Bundeswehr in Afghanistan gehören auch Flugblätter, Plakate und der Radiosender 89,5 FM „Sade-e-Azadi“ (Stimme der Freiheit). Chefredakteur Bastian Kuhl hat ein Team von zehn Leuten, davon sieben afghanische Journalisten. „Wir strahlen regionale Nachrichten aus und Fußballspiele oder lesen Gedichte vor“, sagt er. Natürlich werde der Kommandeur auch ab und zu interviewt, etwa wenn es um die Bewertung der Wahlen geht. Dabei habe Glaubwürdigkeit oberste Priorität. Schon ein halbes Jahr vor den Wahlen wurde berichtet, wie gewählt wird oder was Demokratie bedeutet. Vor der Ausstrahlung wird im übrigen

jeder Beitrag übersetzt, damit die Bundeswehr die völlige Kontrolle hat und keine Gerüchte entstehen.

- *Empörung über mildes Urteil für Lynndie England. Berliner Zeitung, 29. September 2005, S. 9.* Die US-Soldatin Lynndie England ist wegen der Misshandlung von Häftlingen des Bagdader Gefängnisses Abu Ghoreib zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Die Misshandlungen in der berühmtesten US-Haftanstalt hatten international für Empörung gesorgt. (...) Das Militärgericht im texanischen Fort Hood ordnete am Dienstag zudem die unehrenhafte Entlassung der 22-Jährigen aus der Armee an. Mit ihrem Urteil blieben die Richter unter der Forderung der Anklage, die eine vier- bis sechsjährige Haftstrafe gefordert hatte. Nach der Verkündung des Strafmaßes brach England in Tränen aus. Zuvor hatte sich England bei ihren Opfern entschuldigt. Für ihre Taten machte die Reservistin des Heeres und ehemalige Fabrikarbeiterin den bereits verurteilten Rädelsführer Charles Graner verantwortlich. Auch die Verteidiger der 22-Jährigen hatten geltend gemacht, dass sie Graner hörig war. Sie habe alles getan, was er verlangt habe und sei von ihm ausgenutzt worden. England brachte Ende 2004 einen Sohn zur Welt. Graner, der inzwischen eine andere an den Misshandlungen beteiligte Soldatin heiratete, ist der Vater des Kindes. Graner war selbst zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. In seinem Prozess sagte er, er sei nur Befehlen gefolgt, die Gefangenen vor Verhören „weich zu klopfen“. Er habe „einen Gefangenen des Militärgeheimdienstes in Anwesenheit des Militärgeheimdienstes fast zu Tode geprügelt“, erklärte Graner. „Wir haben jeden Militärgefangenen genau so behandelt, wie der Verantwortliche es wollte.“ Wegen des Abu-Ghoreib-Skandals wurden bisher hauptsächlich Soldaten niederer Ränge verurteilt. Einige Offiziere erhielten eine Rüge, keiner wurde vor ein Strafgericht gestellt. Das Pentagon hat die Misshandlungen bislang als Einzeltaten dargestellt. Dagegen wandten sich drei Offiziere vergangene Woche mit Berichten über systematische Misshandlungen im US-Gewahrsam im Irak und in Afghanistan an den Kongress und eine Menschenrechtsorganisation. Sie hätten dies gemeldet, aber ihre Angaben seien vom Militär nicht ernst genommen worden. Das Pentagon hat eine Untersuchung angeordnet. Die Generalsekretärin der deutschen Sektion von amnesty international, Barbara Lochbihler, hält die Strafe für zu niedrig. Im rrb-Inforadio forderte sie, der Skandal müsse neu untersucht werden. „Wir fordern eine unabhängige und umfassende Untersuchung, dass eben nicht nur einfache Soldaten angeklagt werden, sondern die ganze Befehlskette und deren Verantwortlichkeit deutlich gemacht wird.“ Bei Irakern löste das nach ihrer Ansicht zu milde Urteil laut Korrespondentenberichten Unverständnis aus.
- *Bundeswehr weitet Afghanistan-Einsatz aus. Berliner Zeitung 29. September 2005, S. 6.* Der Bundestag hat am Mittwoch mit großer Mehrheit den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr um ein Jahr verlängert. 535 Abgeordnete stimmten in der Sondersitzung des alten Bundestages für die Verlängerung, 14 dagegen, vier enthielten sich. Kurz darauf wurde bekannt, dass bei einem Anschlag der Taliban mit einer Autobombe in der afghanischen Hauptstadt Kabul neun Menschen getötet und 28 weitere verletzt wurden. Die Bombe war vor einem Ausbildungszentrum der afghanischen Armee explodiert. Auch deutsche Soldaten und Polizisten sind am Training lokaler Sicherheitskräfte beteiligt. Isaf-Soldaten waren aber nicht unter den Opfern. (...) Mit der Verlängerung der Beteiligung an der internationalen Isaf-Mission ist auch eine Vergrößerung des deutschen Kontingents und die Übernahme der Kontrolle über den gesamten Norden des Landes verbunden. Zudem soll die Bundeswehr auf Anfrage punktuell auch im Westen und Süden des Landes eingesetzt werden. In der Debatte betonten Außenminister Joschka Fischer (Grüne) und Verteidigungsminister Peter Struck (SPD), dass das neue Mandat zur Stabilisierung Afghanistans beitrage und auch im Sicherheitsinteresse Deutschlands liege. Ein Rückfall des Landes in eine Brutstätte des Terrorismus müsse verhindert werden. Der Auftrag für die Bundeswehr bleibe aber gefährlich, sagte Struck und erinnerte an die 17 deutsche Soldaten, die bisher getötet wurden. Trotz der Gefahren hat auch der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, die Entscheidung des Bundestages befürwortet. Die Gefährdung deutscher Soldaten nehme zwar zu durch Einsätze im Süden, wo „die Luft wesentlich bleihaltiger“ sei. Den Einsatz zu beenden, wie das die Linkspartei am Mittwoch erneut bei einer Protestaktion vor dem Reichstag forderte, wäre Bernhard Gertz zufolge kurzsichtig. Gleichzeitig forderte der Vorsitzende der Soldatenvertretung jedoch, den Nutzen des Einsatzes in einem Jahr genau zu überprüfen: „Wenn wir dann keine Fortschritte sehen, müssen wir uns ernsthaft fragen, was wir da machen.“ Eines der Ziele muss Gertz zufolge die Stärkung der Zivilverwaltung sein und die Schwächung der lokalen Machthaber, der so genannten Warlords. Gelingt dies nicht, müsse es eventuell eine neue Afghanistankonferenz geben. Er habe

sich die Einberufung einer solchen schon früher gewünscht, sagte Gertz, „aber das hat die Bundesregierung leider nicht getan.

- *Großes Rüstungsprojekt. Welt Kompakt, 5. Oktober 2005, S. 8.*
Frankreich und Italien haben in einem milliardenschweren Rüstungsgeschäft den Bau von 27 Fregatten vereinbart. Das teilte der französische Staatspräsident Jacques Chirac gestern nach einem Treffen mit dem italienischen Ministerpräsident Silvio Berlusconi in Paris mit. Das Projekt hat einen Umfang von schätzungsweise elf Milliarden Euro. Ein entsprechender Vertrag könnte nach offiziellen Angaben in den kommenden Tagen unterzeichnet werden. Geplant sind 17 Fregatten für die französische Marine, zehn soll Italien erhalten. Das erste Schiff soll bis zum Jahr 2008 ausgeliefert werden.
- *Misshandlung verboten. Welt Kompakt, 7. Oktober 2005, S. 6.*
In Opposition zu US-Präsident George W. Bush hat der Senat ein Verbot der Mißhandlung von Gefangenen durch US-Soldaten beschlossen. Das Oberhaus in Washington verabschiedete die Neuregelung, die an einen Gesetzentwurf zum Verteidigungshaushalt gekoppelt ist, mit 90 gegen neun Stimmen. Mit dem Verbot sollen die Konsequenzen aus dem Folterskandal von Abu Ghraib gezogen werden, der dem Ansehen der USA schwer geschadet hatte. (...) Laut der geplanten Neuregelung soll ein „grausamer, unmenschlicher und erniedrigender“ Umgang mit Gefangenen künftig ausgeschlossen sein. Der Welt müsse gezeigt werden, dass die USA eine Wiederholung solcher Vorfälle wie im irakischen Gefängnis Abu Ghraib „nie wieder zulassen werden“, sagte McCain, der als möglicher republikanischer Präsidentschaftskandidat in drei Jahren gilt. McCain verlas auch ein Statement des früheren Außenministers und Generalstabchefs Powell, in dem dieser seine „volle Unterstützung“ für das Misshandlungsverbot zum Ausdruck brachte. Damit könne die „furchtbare diplomatische Krise“ überwunden werden, die durch den Abu-Ghraib-Skandal verursacht worden sei, erklärte Powell. Das Weiße Haus hatte dagegen kurz vor der Abstimmung bekräftigt, dass Präsident Bush die Neuregelung blockieren wolle, womit das Vorhaben zu Fall gebracht würde. Mit ihr würden die Möglichkeiten des Präsidenten eingeschränkt, „den Kampf gegen den Terrorismus effektiv zu führen“, sagte Bush-Sprecher Scott McClellan. Dennoch stimmten 46 Senatoren von Bushs Republikanischer Partei dafür, zusammen mit 43 Demokraten und einem Unabhängigen.
- *US-Militär leitet Ermittlungen ein. Süddeutsche Zeitung, 21. Oktober 2005, S. 9.*
Erneute Übergriffe amerikanische Soldaten haben massive Proteste in Afghanistan ausgelöst und die US-Militärführung gezwungen, Ermittlungen einzuleiten. Anlass ist ein Bericht des australischen Fernsehens: Ein Video dokumentierte, wie Angehörige einer Sondereinheit für „psychologische Kriegsführung“ zunächst die Leichen zweier mutmaßlicher Taliban-Kämpfer verbrannt hatten und anschließend mit Schmährufen durch ein Bergdorf nahe der südafghanischen Provinzhauptstadt Kandahar gezogen waren. Der Kommandeur des amerikanischen Afghanistan-Einsatzes, Generalmajor Jason Kamiya, sagte, seine Soldaten seien zu verurteilen, wenn sie sich tatsächlich so verhalten hätten. Afghanistans Regierung verlangte eine Bestrafung der Täter. Muslim-Führer warnten, das „erniedrigende Verhalten“ der US-Soldaten könne „sehr, sehr gefährliche Konsequenzen“ haben. (...) Die Aufnahmen des australischen Journalisten Stephen Dupont zeigen die verkohlten Leichen zweier Taliban, die Soldaten zuvor bei nächtlichen Gefechten getötet hatten. Anschließend seien die GIs durch das Dorf Gonbaz gefahren, um über Lautsprecher vermutete Talibananhänger mit Beschimpfungen im lokalem Dialekt zu provozieren. „Achtung Taliban, ihr seid feige Hunde“, wird ein US-Sergeant im Video übersetzt. „Ihr habt zugelassen, dass eure Kämpfer mit Blick nach Westen verbrannt am Boden liegen. Ihr seid zu feige, ihre Leichen zu holen.“ Dupont beschrieb, die Soldaten hätten das Gefühl gehabt, „etwas richtiges zu tun“. Die Soldaten seien eindeutig darauf trainiert gewesen, „Muslime zu verunglimpfen und wütend zu machen.“ Muslimische Rituale verbieten es, Tote zu verbrennen. Die Ausrichtung der Leichen ist eine Provokation, da gläubige Afghanen sich beim Gebet stets zum westlichen gelegenen Mekka verbeugen. Menschenrechtsorganisationen bewerteten den Vorfall als Verletzung der Genfer Konvention. Nach wiederholten Übergriffen im Irak wie in Afghanistan hatte kürzlich die Organisation Human Rights Watch dem Pentagon und der US-Militärführung vorgeworfen, den eigenen Soldaten keine klaren Standards zur Behandlung von Kriegsgefangenen zu vermitteln.
- *Europa ordnet milliardenschweren Rüstungssektor neu. Berliner Zeitung, 24. Oktober 2005, S. 10.*
Die Bundeswehr fährt deutsche Panzer, italienische Soldaten schießen mit italienischen Gewehren, und die Streitkräfte Finnlands tragen Uniformen aus heimischer Produktion. So ist es bisher in der

Europäischen Union: Im Rüstungssektor gelten nicht die Regeln des Binnenmarkts, die eigentlich einen freien Wettbewerb der Anbieter über nationale Grenzen hinweg garantieren. Jeder Staat kauft Militärgerät und –ausrüstung vor allem im eigenen Land, um rüstungstechnisches Know-how und Arbeitsplätze zu sichern. Beklagt wird diese Situation seit langem, doch nun ist Bewegung in die Diskussion gekommen. Im November wollten die Verteidigungsminister der 25 EU-Staaten darüber beschließen, ob sie die Abschottung verringern und einander ihre Beschaffungsmärkte stärker öffnen. Der europäische Markt für Militärgüter hat ein gewaltiges Potenzial. Nach Angaben des Bundesverbands der Deutschen Industrie umfasst er ein Volumen von 37 Milliarden Euro jährlich. Mindestens die Hälfte davon ist national geschützt, schätzt Nick Witney, Chef der Europäischen Rüstungsagentur EDA. Treibende Kraft hinter der Liberalisierung sind vor allem private Rüstungs-Hersteller. „Große Firmen drängen viel mehr als die Regierungen“, heißt es in EU-Kreisen. Das mag auch daran liegen, dass etliche Länder noch immer Eigentümer von Rüstungsschmieden sind. Vor allem in Frankreich ist der Staatsanteil hoch, anders als in Deutschland oder Großbritannien. Private Hersteller beschwerten sich seit jeher, dass Subventionen und Protektion der Regierungen den Staatsunternehmen unlautere Vorteile verschafften. „Wir brauchen einen freieren Wettbewerb“, fordert Christoph Müller von Krauss-Maffei-Wegmann in München, dem Produzenten des Leopard-Panzers. „Dazu gehört eine Angleichung der Richtlinien für den Rüstungsexport.“ Deutschland sei hier wesentlich restriktiver als andere EU-Staaten, klagt die heimische Industrie. Erwogen und verworfen wurde bereits eine rechtsverbindliche Marktöffnung in der EU. Zu groß wäre der Widerstand in einigen Mitgliedstaaten gewesen, meinen Rüstungsexperten in Brüssel. Jetzt soll es ein Verhaltenskodex zur freiwilligen Öffnung der Märkte richten. Der wäre allerdings nur ein erster Schritt hin zu freier Konkurrenz und mittelfristig zu Zusammenschlüssen in der Branche. Denn nach wie vor gibt es vor allem im Bereich Landsysteme – Zulieferungen für das Heer – zu viele und zu kleine Hersteller, die auch der Konkurrenz mit den großen US-Konzernen kaum gewachsen sind. Ein zusätzliches Hindernis für den militärischen Binnenmarkt sind wirtschaftliche und Sicherheitsinteressen der Staaten. Sie vergeben häufig Aufträge nur dann ins Ausland, wenn diese Aufträge in Form von Investitionen oder Beihilfen kompensiert wird. (...) Stark ist auch das Bedürfnis der Regierungen, den Nachschub ihrer Streitkräfte zu garantieren. „Panzer sind keine Waschmaschinen“, meint EDA-Chef Witney. Andererseits weist der deutsche EU-Parlamentarier Joachim Wuermeling (CSU) darauf hin, dass ein Großteil der Ankäufe für Streitkräfte – von der Verpflegung bis zum Computersystem – nicht sicherheitsrelevant sei. Ohne Freiwilligkeit ginge dennoch wohl gar nichts voran. Eine Marktöffnung würde laut Witney den Regierungen mehrere Vorteile bieten: Die Innovationen würden forciert, was bessere Produkte zur Folge habe. Außerdem helfe die Liberalisierung bei der Umstrukturierung in der Militärtechnik. Wichtigstes Argument für die EU-Staaten aber dürfte sein, dass der Wettbewerb die Kosten senken werde.

- *Armee ohne Volk. Berliner Zeitung, 27. Oktober 2005, S. 4.*

Der frühere Verteidigungsminister Rupert Scholz hat die Bundeswehr zu ihrem 50. Jubiläum zur Nationalen Volksarmee erklärt. Nicht genau mit diesen Worten, aber doch fast: Sie sei eine Armee des Volkes, sagte der CDU-Politiker. Sie ist aber weder das eine noch das andere. Sie hat nichts mit der einstigen preußisch-kommunistischen Truppe der DDR zu tun, aber sie hat eben auch wenig mit dem Volk der Bundesrepublik zu tun. Denn diesem Volk ist seine Armee ziemlich gleichgültig. Sie wird als Dienstleistungsapparat betrachtet, wie Polizei und Feuerwehr. Nicht unsympathisch, aber man möchte auch nicht unbedingt etwas mit ihr zu tun. Die einen sorgen eben für die innere Sicherheit, die anderen für die äußere. Aber es gibt Unterschiede. Niemand wird zum Dienst bei Polizei oder Feuerwehr gezwungen. Und deren Aufgaben sind bei allem Wandel (jedenfalls im Westen) immer die gleichen geblieben: Der Schutz der Bürger vor Verbrechen und Feuer. Die Bundeswehr jedoch zieht zwar wie vor 50 Jahren junge Männer zum Zwangsdienst ein, ihre Aufgaben aber haben sich grundlegend gewandelt. Peter Strucks Ausspruch: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“ ist wie von selbst zu einem allgemein akzeptierten Grundsatz geworden. Hat es darüber je eine öffentliche Debatte in dem Sinne gegeben, dass das Volk sich über die neuen Aufgaben seiner Armee Gedanken gemacht hätte? Über vierzig Mal hat der Bundestag dem Einsatz deutscher Soldaten im Ausland zugestimmt. Den Verteidigungsfall hat er noch nie erklärt. Das ist nach dem Grundgesetz aber eigentlich die Voraussetzung für solche Einsätze. Die Bundeswehrwirklichkeit hat sich in den letzten zehn Jahren weit von der Verfassungswirklichkeit entfernt. Stört das irgend jemanden? Das Volk vielleicht? Angefangen von der

nicht mehr zeitgemäßen Wehrpflicht bis zur Existenziellen Frage, welche Rolle die von der Selbstverteidigungsarmee zur weltweit agierenden Einsatz- oder gar Interventionsarmee umgebauete Bundeswehr eigentlich spielen soll, bewegen sich die deutschen Streitkräfte in einem weiten Feld ungelöster Fragen und gesellschaftlicher Ungewissheit. Es ist ein überhaupt nicht hoch genug zu schätzendes Verdienst jener Männer um Ulrich de Maizière, die erstmals in der deutschen Geschichte, und in scharfem Bruch mit ihr, die Armee zu einem integralen Bestandteil der Zivilgesellschaft gemacht und der demokratischen Kontrolle unterworfen haben. In diesem Sinne ist die Bundeswehr gewiss eine Erfolgsgeschichte, und in diesem Sinne ist sie tatsächlich eine Armee des Volkes. Das Problem ist, dass die Politik ihr Primat über die Bundeswehr seit geraumer Zeit nicht mehr ausübt. In einer von den Nachwahlwirren weitgehend verschütteten Reden hat Bundespräsident Horst Köhler jüngst dieses Primat eingefordert. „Wir brauchen klare Analysen, welche deutschen Interessen es zu schützen und zu fördern gilt, vor welchen Bedrohungen wir dabei stehen, auf welche Ressourcen wir zählen können, wie wir vorgehen und welche Rolle dabei die Bundeswehr einnimmt.“ All dies ist unklar. Ebenso unklar, wie die Perspektive für manchen aktuellen Auslandseinsatz der Bundeswehr. Das gilt vor allem für jene besonderes prekären im Kosovo und in Afghanistan. Was sind die Erfolgskriterien für diese Einsätze? Wann läuft die Bundeswehr Gefahr, von der Friedensarmee zur Besatzungsarmee zu werden? Gibt es eine Rückzugsstrategie, und wie sieht sie aus? Natürlich wird über diese Fragen diskutiert, in der Bundeswehr, unter Fachpolitikern. In der breiten Öffentlichkeit kümmert all dies nur wenige. Wenn es aber stimmt, dass am Hindukusch die Sicherheit und die Freiheit der Deutschen verteidigt wird, müsste es ein wirklich öffentliches Thema sein, auch im Interesse jener Soldaten, die dort ihren Kopf für unsere Sicherheit hinhalten. Das gilt ebenso für die Fragen nach den Zielen der deutschen Außenpolitik. Doch auch das wird wie ein Tabu behandelt. Den scheidenden Verteidigungsminister Peter Struck haben diese Fragen umgetrieben, gelöst hat er sie nicht. Er war ein in seinem Denken und Auftreten ebenso erfreulich unmilitärischer wie kompetenter Minister. Sein Nachfolger wird der CDU-Fraktionsvorsitzende aus dem hessischen Landtag. Franz-Josef Jung. Manche sagen, bei ihm verhalte es sich genau umgekehrt.

- *Deutschland liefert 298 Panzer an die Türkei. Berliner Zeitung, 09. November 2005, S. 5.*
Nach jahrelangem Streit ist der Verkauf deutscher Leopard-Kampfpanzer an die Türkei perfekt. Vertreter der Bundesregierung und der Türkei unterzeichneten am Dienstag einen Vertrag zur Lieferung von 298 gebrauchten Panzern, so das Bundesverteidigungsministerium. Zum Kaufpreis gab es keine Angaben. Die Lieferung ist vor allem wegen der Menschenrechtslage in der Türkei umstritten. Grünen-Chefin Claudia Roth kritisierte die Lieferung als „sicherheitspolitisch-kurzichtig“.
- *170 unterernährte Häftlinge entdeckt, WELT KOMPAKT, 16. November 2005, S. 8.*
Soldaten haben in einem geheimen Gefängnis des irakischen Innenministeriums mehr als 170 Häftlinge entdeckt, die möglicherweise gefoltert wurden. Ministerpräsident Ibrahim al Dschafari erklärte gestern, eine Untersuchung sei eingeleitet worden. Die Betroffenen seien in offizielle Haftanstalten verlegt worden, wo sie medizinisch versorgt würden. Bei den Häftlingen handelt es sich den Angaben zufolge überwiegend um Sunniten. Das US-Verteidigungsministerium erklärte, amerikanische und irakische Truppen hätten die Einrichtung durchsucht. Ministeriumssprecher Bryan Whitman sagte, es habe der Verdacht bestanden, dass es dort Missstände geben könnte. „Und sie haben Zustände vorgefunden, die ihnen Anlass zur Sorge geben“, sagte er. Der Zeitpunkt der Entdeckung wurde nicht genannt, US-Soldaten übernahmen jedoch am Sonntag abend die Kontrolle über das Gebäude im Bagdader Stadtteil Dschadrija. Die US-Botschaft begrüßte die angekündigte Untersuchung. Sie erklärte, der US-Botschafter Zalmay Khalilzad und der US-Oberbefehlshaber im Irak, General George Casey, hätten den Fall „auf höchster Ebene“ mit der irakischen Regierung erörtert. Die Misshandlung von Gefangenen sei inakzeptabel. Der Vorsitzende der größten sunnitischen Partei des Landes erklärte, er habe persönlich mit Regierungsvertretern über Folter in den Gefängnissen des Innenministeriums gesprochen, „einschließlich Dschadrija“. Seine Beschwerden seien jedoch abgewiesen, die Häftlinge als „frühere Elemente des Regimes“ bezeichnet worden, sagte Mosen Abdul Hamid von der Islamischen Partei. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erklärte, es wisse nichts über ein solches Geheimgefängnis, werde sich aber um weitere Informationen bemühen. Zwei irakische Geschäftsleute erhoben unterdessen Vorwürfe gegen US-Soldaten, Gefangene in einen Löwenkäfig geworfen zu haben. Diese und andere Greueltaten seien Teil einer systematischen Einschüchterung während ihrer Haftzeit gewesen, sagte Thahae Mohammed Sabbar am Montag. US-Militärsprecher Paul Boyce kündigte eine Überprü-

fung der Vorwürfe an, bezeichnete sie jedoch als ziemlich unwahrscheinlich. In der Klage gegen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld werden Soldaten beschuldigt, die beiden Gefangenen sexuell misshandelt und mit Elektroschocks und Scheinhinrichtungen gefoltert zu haben.

- *Guantanamo-Gefangene dürfen doch vor Zivilgericht klagen. WELT KOMPAKT, 16. November 2005, S. 9.*

Der US-Senat will den Häftlingen des Gefangenenlagers Guantánamo auf Kuba nun doch einen begrenzten Zugang zu US-Zivilgerichten gewährend. Das Oberhaus des Kongresses verabschiedete eine entsprechende Neufassung einer Passage im Verteidigungshaushalt. Noch wenige Tage zuvor hatte der Senat entschieden, dass den Häftlingen der Zugang zu Zivilgerichten verwehrt werden solle. Das Repräsentantenhaus und Präsident George W. Bush müssen der Regelung noch zustimmen. Die Neufassung sieht nur einen äußerst begrenzten Zugang der unter Terrorismusverdacht stehenden Gefangenen in Guantánamo zu den Zivilgerichten vor. Sie können das Bundesberufungsgericht in Washington erst anrufen, wenn die umstrittenen militärischen Sondertribunale in Guantánamo bereits ein Urteil gefällt haben. Das Berufungsgericht kann dann prüfen, ob das Verfahren den vom Pentagon festgelegten Prozeduren entsprochen hat. Zugleich darf das Gericht auch untersuchen, ob die Aburteilung eines „Feindlichen Kämpfers“ durch ein solches Tribunal verfassungskonform ist.

- *Phosphor-Granaten auf Falludscha. WELT KOMPAKT, 17. November 2006, S. 7.*

Irakische Menschenrechtler untersuchen den Einsatz von Phosphorgeschoßen durch amerikanische Truppen gegen Aufständische in Falludscha. Das Pentagon bestätigte, Phosphormunition bei der Rückeroberung der Stadt 2004 genutzt zu haben. Vorwürfe, in Falludscha seien Granaten mit Weißem Phosphor als taktische Waffen eingesetzt worden, hatte der italienische TV-Sender Rai News 24 vergangene Woche erhoben. Das Pentagon hatte daraufhin nur die Illumination als Einsatzzweck genannt. US-Soldaten schilderten aber in der Aprilausgabe 2005 der Zeitschrift „Feldartillerie Magazin“, dass Phosphormunition in Falludscha gezielt als Kampfmunition verwendet wurde. Die Granatentypen M 110 und M 825, mit denen Rauchvorhänge zur Deckung eigener Truppen erzeugt werden, seien erst nur als Deckungsmittel, dann aber auch gegen Gräben und Schützlöcher eingesetzt worden, die man mit Sprengmunition nicht habe ausheben können. Der Phosphor trieb die Rebellen heraus, dann seien sie getötet worden. Einige der Granaten seien mit Zeitzündern ausgestattet gewesen. Das könnte die Angabe von Rai 24 stützen, in Falludscha seien Zivilisten ungekommen. Den behaupteten Einsatz eines neuen Typs von Napalmbomben bestreitet das Pentagon entschieden. Auch britische Truppen haben im Irak Weißen Phosphor eingesetzt – aber nur als Täuschungsmanöver, wie der britische Verteidigungsminister John Reid laut BBC sagte.

- *Deutschland U-Boote für Israel. WELT KOMPAKT, 21. November 2005, S. 6.*

Israel soll zwei hochmoderne U-Boote aus Deutschland bekommen. Die Bundesregierung habe dem Verkauf zugestimmt und Millionenzuschüsse aus dem Bundeshaushalt bewilligt, berichteten „Spiegel“ und „Focus“. Die Grünen warnten vor dem Verkauf. Er könnte Gespräche der EU mit dem Iran über dessen Atomprogramm gefährden. Nach den Magazinberichten hat die rot-grüne Bundesregierung das U-Boot-Geschäft mit Israel in Abstimmung mit der künftigen Bundeskanzlerin Angela Merkel ausgehandelt. Aus dem Bundeshaushalt soll ein Drittel der Baukosten von einer Milliarde Euro für die beiden U-Boote der Dolphin-Klasse kommen. Ein Regierungssprecher kommentierte die Meldungen nicht. Zu Fragen des Bundessicherheitsrates gebe es grundsätzlich keine Stellungnahme. Laut „Spiegel“ wird der Vertrag am Montag in Israel unterschrieben. (...) Die Nachrichtenmagazine berichteten darüber hinaus, die neuen U-Boote seien mit modernster Brennstoff-Antriebstechnik ausgerüstet. Damit könnten sie wochenlang abtauchen. Die Verteidigungsexpertin der Grünen, Angelika Beer, sagte der „Netzeitung“, die Bundesregierung torpediere in unverantwortlicher Weise die Gespräche der EU mit dem Iran. Wenn sich Deutschland nicht selbst als neutraler Partner diskreditieren wolle, dürfe der Vertrag nicht unterzeichnet werden. Im Iran könnte das Gefühl der Bedrohung verstärkt werden. Beer schloß nicht aus, dass der Iran „Gegenmaßnahmen zur Wahrung der eigenen Sicherheit“ ergreifen könnte. Mit den beiden neuen U-Booten könne Israel seine atomaren Kapazitäten und die seegestützte Aufklärung über den eigentlichen Bedarf hinaus erhöhen.

- *Rüstungsmarkt wird europäisch. Berliner Zeitung, 22. November 2006, S. 7.*

Die EU-Staaten wollen in Europa mehr Wettbewerb bei der Beschaffung von Militärgütern zulassen. Die Verteidigungsminister beschlossen am Montag in Brüssel einen Verhaltenskodex zur

Öffnung der nationalen Rüstungsmärkte. Er stellt aber nur eine freiwillige Selbstverpflichtung dar; Sanktionen bei Verstößen sind nicht vorgesehen. Die Regierungen erhoffen sich von der EU-Markttöffnung Kostensenkungen angesichts knapper Verteidigungsetats. Die EU erwartet einen Schub für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Für Militärgüter von der Uniformmütze bis zum Kampfflugzeug sind die Regeln des freien EU-Binnenmarktes bisher außer Kraft gesetzt. Dies hat zur Folge, dass die Staaten bei den meisten Beschaffungsprojekte heimischer Anbieter bevorzugen, auch wenn es aus Sicherheitsgründen nicht zwingend notwendig ist. Jährlich werden in der EU nach Industrieangaben rund 37 Milliarden Euro für militärische Anschaffungen ausgegeben. Von Juli 2006 an wollen die beteiligten 23 EU-Staaten – Dänemark macht nicht mit, Spanien zögert noch – Rüstungsaufträge auf einer einheitlichen Internet-Seite ausschreiben. Auch verpflichten sie sich ohne rechtliche Bindung, bei der Vergabe gemeinsame Kriterien zu beachten und die Transparenz zu erhöhen. Ausgenommen vom Wettbewerb bleiben nukleare, chemische und Bio-Waffen, Verschlüsselungstechnologie sowie Gemeinschaftsprogramme mit Drittstaaten. Darauf hatten vor allem Frankreich und Großbritannien gedrungen, auch weil sie ihren weltweiten Rüstungsexport nicht gefährden wollen. Der Europäischen Kommission und dem EU-Parlament geht der Verhaltenskodex nicht weit genug. Binnenmarkt-Kommissar Charlie McCreevy möchte die Mitgliedsstaaten mit einer verbindlichen Richtlinie zu mehr Wettbewerb im Rüstungssektor zwingen. Trotz der Mängel nannte der EU-Außenbeauftragte Javier Solana die Grundsatzentscheidung einen Meilenstein. Er hofft, dass die engere Zusammenarbeit bei der Beschaffung die militärischen Kapazitäten Europas stärkt, das weit weniger Geld für Rüstung ausgibt als etwa die USA. Die Markttöffnung wird zudem als wichtiger Schritt hin zur Konzentration und Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie betrachtet, in der noch vielfach nationaler Egoismus und monopolartige Strukturen vorherrschen.

- *Usbekistan kündigt Kooperation mit Nato auf. Berliner Zeitung, 24. November S. 8.*
Usbekistan will seinen Luftraum und den Landweg für den Nachschub der Nato-geführte Isaf-Mission in Afghanistan sperren. Dies teilten Nato-Kreise in Brüssel am Mittwoch mit. Vor allem die Truppen der Bundeswehr in Afghanistan beziehen ihren Nachschub über einen Stützpunkt im Süden Usbekistans. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums in Berlin sagte, die Bundesregierung sei in Kontakt mit usbekischen Behörden. Ziel sei, dass die Bundeswehr den Stützpunkt in Termes auch weiter nutzen könne. Die Bundeswehr hat dort etwa 300 Soldaten stationiert.
- *Unabhängigkeit lockt. Berliner Zeitung, 26./27. November 2005. S. 10.*
Der allgemeine Trend überrascht niemanden, die Dimension schon. Die italienische Armee, nach der historischen Aufhebung der Wehrpflicht vor einem Jahr eine Berufsarmee, kann sich vor Bewerbern kaum retten. Sie kommen zu 70 Prozent aus dem Süden des Landes, aus dem wirtschaftlich gebeutelten und von Jugendarbeitslosigkeit geplagten Mezzogiorno. 25 000 Posten hatten Heer, Marine und Luftwaffe ausgeschrieben, 100 000 Bewerber haben sich gemeldet. Jeder Dritte kommt aus Apulien, es folgen die Sizilianer und die Neapolitaner. Nur 9,5 Prozent der Kandidaten sind Norditaliener – eine weitere Illustration der sozioökonomischen Kontraste in Italien. Die Armee bietet unverhoffte Perspektiven auf eine Karriere bei der Polizei, den Carabinieri, der Steuer- oder Forstpolizei und bei der Feuerwehr. Nach dem zwölfmonatigen Grundkurs können die Soldaten nämlich künftig am Aufnahmewettbewerb für die Polizei teilnehmen. Und die Armee offeriert einen Monatslohn von 800 Euro, sofort. In der Regel schufteten sich junge Italiener nach der Schule durch unbezahlte Praktika und Lehren, viele in den Betrieben ihrer Väter oder Onkel. Die Armee lockt mit schneller Unabhängigkeit. Sie macht das seit zwei Jahren ganz gezielt. Sie hat Stände auf Messen und Konzerten, verteilt Prospekte, geht in die Mittelschulen, mietet sich in Gemeindesälen ein. Und sie zeigt Filme von den Auslandsmissionen im Kosovo, Irak oder Afghanistan. Die Gefahren schrecken offenbar keineswegs ab. Nach dem Bombenanschlag auf das 3 000-Mann-Kontingent Italiens im Südirak, bei dem vor zwei Jahren 19 italienische Militärs umkamen, verzeichneten die Offiziersschulen neue Bewerberrekorde. Die Rekruteure wollen eine Sehnsucht nach nationalen Werten und Stolz ausgemacht haben. Der Boom nährt auch die Frauenquote: 10 000 junge Italienerinnen haben sich in den letzten Monaten für eine Aufnahme in die Armee gemeldet.
- *Verbrennung zugegeben. WELT KOMPAKT, 28. November 2005, S. 7.*
Die US-Armee in Afghanistan hat nach massiver Kritik zugegeben, dass amerikanische Soldaten in der Provinz Kandahar die Leichen getöteter Taliban-Kämpfer verbrannt haben. Dies wird in Afghanistan als Entehrung betrachtet. In einer gestern veröffentlichten Erklärung des Militärs

heißt es, die Leichen zweier getöteten Taliban seien nach einem Gefecht im Oktober aus „Hygienegründen“ verbrannt worden, da es heiß gewesen sei und der felsige Untergrund eine Beerdigung nicht ermöglicht habe.

- *Jung: Mehr Geld für Soldaten im Ausland. WELT KOMPAKT, 28. November 2005, S. 8*
Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung will Soldaten im Auslandseinsatz besser bezahlen. Er wies darauf hin, dass die Auslandszulagen etwa für Soldaten in Afghanistan auf die gleichen Ebene liegen wie für einen in Brüssel tätigen deutschen Beamten. Er sehe da aber „gewisse Unterschiede“: Auslandseinsätze seien gefährlich, und deshalb habe die Koalition vereinbart, dieser besonderen Situation mit einer besonderen Besoldungsordnung Rechnung zu tragen. Als weitere Begründung für eine besondere Besoldung nannte der Minister die großen Belastungen der Soldaten und ihrer Familien durch häufige Versetzungen. Kürzungen beim Weihnachts- und Entlassungsgeld für Grundwehrdienstleistende lehnte er ab. Auch der Bundeswehrverband wandte sich gegen Kürzungen des Solds und den Wegfall des Weihnachtsgeldes und bot statt dessen Urlaubsverzicht an.
- *Jung will mehr Wehrpflichtige einziehen. Berliner Zeitung, 28. November 2005, S. 5.*
Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) will künftig wieder mehr Wehrpflichtige tatsächlich einberufen lassen. „Es kann nicht länger verantwortet werden, dass weniger als die Hälfte der jungen Männer Wehr- oder Zivildienst leisten“, sagte Jung. Es sollte umgesteuert werden. Eine Truppenreduzierung auf unter 250 000 Mann werde es nicht geben. Darüber sei man sich in der großen Koalition einig. „Diese Grundstruktur brauchen wir zur Gewährleistung der Sicherheit Deutschlands“, so Jung in der Welt am Sonntag. Nach Angaben der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer muss derzeit die Hälfte der jungen Männer eines Jahrgangs gar keinen Dienst leisten. Insgesamt traten 2004 rund 82 000 junge Männer ihren Wehr- und etwas 91 000 ihren Zivildienst an. Derzeit rechnet die Bundeswehr damit, dass ihr bis 2014 durchschnittlich 413 000 jungen Männern pro Jahrgang jeweils knapp 120 000 tatsächlich zur Verfügung stehen. Alle anderen sind „untauglich“, verweigern den Wehrdienst, sind bei der Polizei oder bereits verheiratet. Für Auslandseinsätze sollen Bundeswehrsoldaten künftig mehr Geld erhalten. Er sei für eine Neuregelung bei der Besoldung, sagte Jung dem Deutschlandfunk. Bei den Auslandszulagen würden Soldaten, die beispielsweise in Afghanistan ihren Dienst leisteten, bisher wie deutsche Beamte in Brüssel behandelt.
- *Misshandlungsfälle in britischer Elite-Einheit. WELT KOMPAKT, 28. November 2005, S. 32.*
Ein brutales Initiationsritual bei den Königlichen Marineinfanteristen hat das britische Eliteregiment in Verruf gebracht. Auf einem Video, das „News of the World“ vorliegt, sind Rekruten zu sehen, die im Freien nackt gegeneinander kämpfen müssen. Als sich ein Rekrut beschwert, wird ihm von einem mutmaßlichen Vorgesetzten ins Gesicht getreten, worauf er bewusstlos liegen bleibt. Das Verteidigungsministerium ordnete eine Untersuchung an.
- *Soldaten fordern Altersvorsorge. Berliner Zeitung, 29. November 2005, S. 6.*
Mit teilweise harten Worten hat der Bundeswehrverband vom neuen Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) eine Verbesserung der sozialen Leistungen für Soldaten gefordert. Nötig sei es für Zeit- und Berufssoldaten ein eigenes Altersvorsorge-System zu schaffen, sagte der Verbandsvorsitzende Bernhard Gertz auf der Hauptversammlung seiner Organisation in Berlin. Zudem müsse es künftig einen angemessenen Ausgleich für Überstunden geben, etwa über Lebensarbeitszeitkontos. Bisher hätten sich die Haushalts-Beamten des Ministeriums hier „als hartnäckig und geradezu halsstarrig“ erwiesen. Die Frage der Finanzierbarkeit dürfe aber nicht alle Maßnahmen im Keim ersticken, mit denen der Dienst bei der Bundeswehr attraktiver gemacht werden könne. Klar wandte sich Gertz gegen Überlegungen der großen Koalition, Wehrdienstleistenden das Entlassungs- und Weihnachtsgeld zu streichen. „Das ist eine deutliche Missachtung der Leistung unserer Kameradinnen und Kameraden“, sagte der Verbandschef. Mit der Streichung des Entlassungsgeldes würden die Schwächsten der Bundeswehr getroffen. Als Kompromiss hat Gertz die Streichung eines Urlaubstags ins Gespräch gebracht. Auch Verteidigungsminister Jung lehnt die Streichungspläne ab. Der CDU-Politiker hat zudem erklärt, der Verteidigungsetat müsse im kommenden Jahr von Kürzungen ausgenommen bleiben. Haushaltsexperten halten es für möglich, dass Beschaffungsvorhaben gestrichen werden, was sich aber erst in einigen Jahren finanziell auswirken würde. Jung sagte, mögliche weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr könnten nicht allein von seinem Haus finanziert, sondern müssten aus dem Gesamtetat bezahlt werden. Im Rahmen ei-

ner Veränderung der Besoldungsordnung soll offenbar eine Erhöhung der Zuschläge für Soldaten im Auslandseinsatz geprüft werden.

- *Eritrea wirft UN-Truppen aus dem Land. WELT KOMPAKT, 08. Dezember 2005, S. 8*
Der ostafrikanische Staat Eritrea hat UN-Friedenstruppen ausgewiesen, die an der umstrittenen Grenze zu Äthiopien im Einsatz sind. Amerikanische und europäische Mitglieder der UN-Mission UNMEE seien offiziell aufgefordert worden, das Land innerhalb von zehn Tagen zu verlassen, sagte ein Sprecher der UNMEE. Der UN-Sicherheitsrat hat indes einen Abzug von Friedenstruppen aus Eritrea abgelehnt. Die Forderung der Regierung in Eritreas Hauptstadt Asmara sei „inakzeptabel“. UN-Generalsekretär Kofi Annan hatte erst kürzlich gewarnt, dass die Gefahr eines Krieges zwischen beiden Ländern zunimmt. Die Afrikanische Union und der UN-Sicherheitsrat müssten nun schnell reagieren, um einen weiteren teuren und sinnlosen Grenzkrieg zu verhindern, sagte ein Diplomat in Addis Abeba. In den vergangenen Wochen wurden Truppenbewegungen auf beiden Seiten der Grenze beobachtet. Eritrea hatte bereits die Arbeitsfähigkeit der Mission durch ein Flugverbot für UN-Hubschrauber eingeschränkt. Der UN-Sicherheitsrat hatte Äthiopien und Eritrea Ende November nachdrücklich zur Beilegung ihres Grenzstreits aufgefordert und mit wirtschaftlichen und diplomatischen Sanktionen gedroht. Er kritisierte Eritrea für das Flugverbot und Äthiopien für seine Weigerung, die Entscheidung der Grenzkommission voll anzuerkennen. Eritrea hatte sich 1993 unblutig von Äthiopien getrennt und damit den Zugang zur Küste genommen. Von 1998 bis 2000 führten beide Länder einen Grenzkrieg, bei dem etwa 80 000 Menschen getötet wurden. Äthiopien weigert sich, die Entscheidung einer unabhängigen Grenzkommission anzuerkennen, die den besonders umstrittenen Ort Badme Eritrea zugeschlagen hat. Die etwa 1000 Kilometer lange Grenze ist noch immer nicht markiert.
- *Nato weitet Einsatz in Afghanistan aus. Berliner Zeitung, 09. Dezember 2005, S. 6.*
Die Nato hat eine Ausweitung ihrer Militärmission in Afghanistan beschlossen. Vom Frühjahr an sollen Truppen der Allianz zivile Wiederaufbau-Teams auch im Süden des Landes militärisch sichern, entschieden die Außenminister der 26 Partnerstaaten am Donnerstag in Brüssel. Bisher ist die Nato in der Hauptstadt Kabul sowie im Norden und Westen stationiert. Der abschließende Schritt in den Osten Afghanistans ist nach Informationen der Berliner Zeitung bereits kurz darauf geplant, spätestens im Sommer 2006. Der Osten ist Hochburg versprengter Taliban-Kämpfer und des Terrornetzes El Kaida. Das Risiko für die Stabilisierungstruppen (Isaf), bei denen die Bundeswehr ein großes Kontingent stellt, ist daher weit höher. Bereits im Süden, dem nächsten Schritt, sei die Umgebung für die Nato-Soldaten „weniger freundlich“, sagte ein Sprecher der Allianz. Die Truppenstärke soll von derzeit 9 200 auf rund 16 000 Mann steigen. Das Mandat werde robuster ausgestattet, damit sich die Nato-Truppe bei möglichen Angriffen besser verteidigen könne. In Militärkreisen hieß es, nötig seien schon im nächsten Schritt der Ausweitung kampfkraftige Reserven mit Flugzeugen und Hubschraubern. In der Vergangenheit mangelte es an der Bereitschaft der Mitgliedstaaten, Kräfte oder Gerät abzustellen. Trotz Aufstockung und Aufrüstung ihrer Truppe will die Nato darauf achten, dass ihre Mission als deutlich getrennt vom Anti-Terror-Einsatz der USA wahrgenommen wird. Einmal gehe es um die Absicherung des Wiederaufbaus, das andere Mal um die Jagd auf Terroristen, betonten Diplomaten und hohe Offiziere. Nötig sei allerdings eine bessere Koordination beider Einsätze, „um zu vermeiden, dass die Soldaten aufeinander schießen“. Dazu soll ein Vize-Kommandeur der Isaf zugleich für die US-Aktion „Dauerhafte Freiheit“ verantwortlich sein, in der rund 19 000 Soldaten aktiv sind, und die Verbindung zum US-Kommando halten.
- *Kommando Spezialkräfte. Berliner Zeitung 09. Dezember 2005, S. 4.*
Wir befinden in einem Krieg gegen den Terrorismus. Das ist jedenfalls die Sicht der US-Regierung. Im Krieg gelten andere Regeln als im Zivilleben. Im Krieg gegen den Terrorismus gelten aber noch einmal andere Regeln als in anderen Kriegen. Das betont nicht nur der US-Präsident bei seinen Auftritten in schönen Kampfanzügen. Das haben auch Juristen, Völkerrechtler und Politikwissenschaftler in den letzten Jahren immer wieder betont. Hochrangige Kommissionen der US-Regierung habe dicke Expertisen dafür erarbeitet, dass gefoltert werden darf, wenn es Terroristen sind oder sein könnten, die gefoltert werden. Als die US-Regierung bemerkte, dass sie damit international nicht reüssierte, vertrat sie die Thesen noch lauter. Erst als auch im Inland der Widerstand wuchs, veränderte sie ihre Taktik. Sie sprach jetzt nicht mehr davon, dass Folter in bestimmten Situationen sein muss, sondern sie definierte Folter um. Folter soll nicht mehr die gewaltsame Erpressung von Aussagen sein, sondern um Folter soll es sich nur dann handeln, wenn die Miss-

handlung körperliche Spuren hinterlässt. Ganz unabhängig von dieser akademischen Diskussion wurde – nach alter und neuer Definition – in amerikanischen Gefängnissen innerhalb und außerhalb der USA gefoltert. Innerhalb und außerhalb der USA wurden und werden weiter Soldaten im Foltern geschult. Die Debatten in Washington werden in diesen Zentren verfolgt und man passt – vor allem – seine Öffentlichkeitsstrategien der aktuellen Lage an. Man wird – das lehren einen die Enthüllungen der letzten Zeit wieder einmal – davon ausgehen müssen, dass in Wahrheit alles viel schlimmer und brutaler zugeht, als man nach der Lektüre der juristischen Schriftsätze der „Torture Papers“ annimmt. Die US-Regierung wird den Krieg gegen den Terror verlieren. Aus einem einfachen Grund. Sie führt ihn nicht als einen Krieg zum Schutze der Menschenrechte, sondern als einen Krieg gegen die Menschenrechte. Sie führt ihn nicht als einen Krieg der Demokratien gegen den Versuch terroristische Diktaturen zu errichten oder zu erhalten. Die US-Regierung hat nicht verstanden, dass beim Krieg gegen den Terror nicht die Vernichtung des Gegners, sondern die Gewinnung der mit ihm liebäugelnden Menschen das entscheidende Ziel ist. Aus den Enthüllungen der letzten Tage wird deutlich, dass die rot-grüne Bundesregierung stärker in den Krieg gegen den Terror integriert war, als sie der Öffentlichkeit bekannt gab. Man könnte darüber hinwegsehen und sagen: Kriegshandlungen unterliegen nun einmal der Geheimhaltung. Aber das wäre falsch. Die Art und Weise, wie die USA diesen Krieg führen, führt in die Katastrophe. Es gibt keinen Grund, die US-Regierung dabei zu unterstützen. Es gibt allen Grund dafür, ihr in den Arm zu fallen und zu verhindern, dass sie ihre völkerrechtswidrigen Aktionen fortsetzt. Gerade wer es ernst meint mit dem Kampf gegen den Terrorismus, muss sich gegen die Vorstellung der US-Regierung wenden, es käme ausschließlich darauf an, die Gegner zu identifizieren und umzubringen. Diese Art der Kriegsführung hat zu viele Opfer gekostet, und sie produziert immer neue terroristische Täter. Wer mit Truppen, die mit dieser Vorstellung zum Beispiel im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet operieren, zusammenarbeitet, der muss sich dieser Kampfweise anpassen. Er wird damit den Terror, gegen den er vorzugehen behauptet, weiter schüren. Es wäre gut, die Bundesregierung würde die Öffentlichkeit darüber informieren, wie viele Soldaten vom Kommando Spezialkräfte derzeit wo im Einsatz sind. Was machen sie? Wie arbeiten sie mit den US-Soldaten zusammen? An welche Regeln halten sie sich? Wie sieht die Kommandostruktur dieser Truppen aus? Wem unterstehen sie? Das „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) wurde für besondere Aufgaben eingerichtet. Aber es wurde nicht geschaffen, um zu folgern oder um Folterer zu unterstützen. Der Krieg gegen den Terrorismus ist schlimm genug. Wir müssen darüber nicht noch selbst zu Terroristen werden. „Keiner sieht sie kommen. Keiner weiß, dass sie da sind. Und wenn ihre Mission beendet ist, gibt es keinen Beweis dafür, dass sie jemals da waren.“ So hieß es über die KSK in „Die Bundeswehr“. Exakt so sollen deutsche Soldaten nicht auftreten. Man soll sie hören. Man soll wissen und wir wollen wissen, wo sie sind. Vor allem aber soll man sehen und stolz zeigen können, was sie getan haben.

- *Unmut über Schäuble-Pläne. Berliner Zeitung, 17./18. Dezember 2005, S. 6.*

In der großen Koalition ist ein Streit über schärfere Anti-Terror-Gesetz und den Einsatz der Bundeswehr im Innern ausgebrochen. Die SPD lehnte am Freitag die Vorschläge von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) ab. „Einen Bundeswehreininsatz im Innern wird es mit der SPD nicht geben“, sagte der SPD-Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz, der Berliner Zeitung. „Der Objektschutz in Friedenszeiten ist und bleibt Sache der Polizei.“ Die Union sei in dieser Frage isoliert, betonte Wiefelspütz. Ähnlich äußerte sich der SPD-Vizevorsitzende und rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck. Auch die Bundesregierung machte sich die Vorschläge Schäubles nicht zu eigen. Schäuble hatte in der Süddeutschen Zeitung angekündigt, noch vor der Fußball-WM 2006 den Einsatz der Bundeswehr im Innern durch eine Grundgesetzänderung zu ermöglichen. Das Ministerium relativierte am Freitag die Äußerung. Es bliebe bei der Koalitionsvereinbarung zwischen Union und SPD, wonach das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz abgewartet werde. Die CSU forderte dagegen, der Gesetzgeber müsse notfalls auch früher entscheiden. „Zum Beginn der Fußball-WM müssen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen sein“, sagte der innenpolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Hans-Peter Uhl (CSU), der Berliner Zeitung. Wenn sich erweise, dass die Gerichtsentscheidung zu spät komme für eine rechtzeitige Parlamentsbefassung, müsse der Bundestag früher tätig werden. Uhl betonte, für den Schutz vor Terroranschlägen sei es nötig, dass die Bundeswehr bei der Fußball-WM eingesetzt werden könne. „Da brauchen wir ein paar 10 000 Einsatzkräfte“, sagte Uhl. „Es kann sein, dass Polizisten fehlen“. Der Bund dürfe sich dann nicht darauf beschränken, die Länder für fehlende Investitionen in

die Polizei zu kritisieren, sondern müsse für Ausgleich sorgen. Widerstand kam von der FDP. „Die Bundeswehr ist nicht die Hilfspolizei für die ständig reduzierten Polizeikräfte von Bund und Ländern“, sagte Fraktions-Geschäftsführer Jörg van Essen. Er verwies zudem darauf, dass Soldaten nicht die Rechtskenntnisse hätten, um polizeiliche Aufgaben zu übernehmen. Auf Ablehnung stieß auch der Vorschlag Schäubles, neue Straftatbestände für „gefährliche Leute“ einzuführen. Er will die Ausbildung in einem Terroristenlager, etwa in Afghanistan, unter Strafe stellen. Damit möchte der Minister eine rechtliche Handhabe gegen Ausländer bekommen, die zwar auf Grund nachrichtendienstlicher Informationen der Terror-Szene zugeordnet werden, die aber keine Straftat begangen haben. Die SPD sprach sich gegen den Vorstoß aus. „Die bloße Teilnahme an einer Ausbildung im Terroristenlager wird nicht zu einer Haft führen“, stellte Wiefelspütz klar. Die Koalition werde aber prüfen, ob die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung schärfer gefasst werden muss. Auch die Liberalen zeigten sich skeptisch. „Der Minister muss erst einmal nachweisen, ob eine Gesetzeslücke besteht“, sagte van Essen. Er forderte die Regierung auf, einen Bericht über die Sicherheitsgesetze der früheren Regierung vorzulegen. Der Deutsche Richterbund bezweifelte, dass eine solche Strafnorm verfassungsgemäß ist. „Ich habe erhebliche Bedenken, dass diese Vorschrift rechtsstaatlichen Ansprüchen genügt“, sagte der Vorsitzende Wolfgang Ahrenhövel dieser Zeitung. Der Beweis für die Ausbildung in einem Terroristenlager sei schwierig. Zudem seien Geheimdienstinformationen vor Gericht kaum zu verwerten. Der Deutsche Anwaltverein nannte den Vorstoß unnötig. „Das ist ein Vorschlag in schlechter Innenminister-Manier“, sagte der Vize-Vorsitzende Georg Prasser. Es gebe bereits sehr weitreichende Strafvorschriften.

- *Koalition streitet über Bundeswehr. WELT KOMPAKT, 19. Dezember 2005, S. 4*
In der großen Koalition gibt es offenen Streit über einen Einsatz der Bundeswehr bei der Fußball-Weltmeisterschaft. Führende Sozialdemokraten stellten sich gegen entsprechende Forderungen von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU). SPD-Fraktionschef Peter Struck prophezeite, Schäuble werde keine Mehrheit für seinen Vorschlag bekommen. „Es gibt eine klare Koalitionsvereinbarung, die das untersagt.“ Der stellvertretende SPD-Chef Kurt Beck nannte den Vorschlag „nicht in Ordnung“. Der Bundeswehrverband lehnte es ebenfalls ab, dass Soldaten während der WM Sicherheitsaufgaben im Inneren übernehmen. Dies sei „rechtlich und praktisch undurchführbar“, sagte der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz. Soldaten seien keine billige Hilfspolizei und dürfen das auch nicht werden, betonte Gertz. Dabei verweis er darauf, dass die Ausbildung der Soldaten gar nicht für eine von Schäuble vorgeschlagene Sicherung geeignet sei. „Mit der Ausbildung von Soldaten kann man militärische Sicherheitsbereiche schützen, aber nicht Fußballstadien.“ Kritik kam auch von der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Der Gewerkschaftsvorsitzende Konrad Freiberg nannte Schäubles Vorschläge „einen Irrweg“. Er verwies darauf, dass die Bundeswehr personell nicht einmal in der Lage sei, ihre eigenen Kasernen zu schützen, und diese Aufgabe daher an private Sicherheitsdienste delegiert habe.
- *Die Bundeswehr zieht in den Norden. Berliner Zeitung, 23. Dezember 2005, S. 7.*
Auf die im Rahmen der Isaf-Schutztruppe in Afghanistan stationierten Bundeswehr-Soldaten kommen 2006 neue Aufgaben zu. Wie Verteidigungsminister Franz Josef Jung gestern bei einem Besuch in Kabul mitteilte, wird das Gros des Bundeswehr-Kontingents die Hauptstadt verlassen und in den Norden des Landes umziehen. Von den derzeit 1 400 deutschen Soldaten, die bisher in und um Kabul für Sicherheit sorgen sollen, würden bis Ende 2006 nur noch rund 500 an ihrem Einsatzort verbleiben, sagte Jung. Wichtigster deutscher Stützpunkt werde künftig die Provinzhauptstadt Masar-i-Scharif sein. Der angekündigte Umzug der Bundeswehr-Soldaten ist Teil einer grundlegenden Umgruppierung der Isaf-Truppen, deren letztes Ziel es ist, den USA den Abzug eines Teils ihrer 19 000 Soldaten aus Afghanistan zu ermöglichen. So sagte ein Sprecher des Bundesverteidigungsministerium der Berliner Zeitung, der Abzug der deutschen Soldaten aus Kabul stehe unter dem Vorbehalt, dass sie dort von französischen Einheiten abgelöst würden. In Masari-Scharif soll die Bundeswehr bis Mitte März britische Truppenteile ablösen. Diese sollen gemeinsam mit kanadischen und niederländischen Einheiten in die besonders unruhigen Südpervenzen Afghanistans verlegt werden, wo sie wiederum den Platz von abrückenden US-Soldaten einnehmen sollen. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hatte am Dienstag den Abzug von 2 000 bis 3 000 Soldaten aus Afghanistan angekündigt. Die US-Regierung steht unter wachsendem Druck, ihre Soldaten aus den Kriegsgebieten im Mittleren Osten heimzuholen. Vor allem im Irak stößt das Pentagon beim turnusmäßigen Austausch von Einheiten zudem an die Grenzen seiner Kapazitäten. Verringern die USA ihre Präsenz in Afghanistan, kann sich die Bush-Regierung in

dieser Frage etwas Luft verschaffen. Masar-i-Scharif, künftige Hauptbasis der Bundeswehr in Afghanistan, ist eine Bastion des usbekischen Kriegsfürsten Raschid Dostum, der heute in der Regierung von Präsident Hamid Karsai hohe Ämter ausübt. In den letzten Jahren lieferten sich Dostums Milizen immer wieder Kämpfe mit den Einheiten des aus Kabul entsandten tadschikischen Gouverneurs Mohammed Atta. Neben Drogenbaronen sind auch Taliban-Kämpfer in der Region aktiv. Im November tötete eine Bombe in Masar-i-Scharif einen schwedischen Isaf-Soldaten, drei weitere wurden verletzt. Der gesamte Einsatz in Afghanistan sei gefährlich, sagte Verteidigungsminister Jung in Kabul. „Wir haben hier heim-tückische Anschläge, auf die wir uns einstellen müssen.“ Allerdings sei die Situation im Norden sicherer als die im Süden. Einen Einsatz deutscher Soldaten in „Unruheprovinzen“ schloss er aus. Jung versicherte, dass die Bundesregierung keine weiteren Soldaten nach Afghanistan schicken werde. Derzeit stehen nach Angaben des Verteidigungsministeriums 1 350 Bundeswehr-Soldaten in Kabul, 253 in Masar-i-Scharif, 346 in Kundus, 193 in Faisabad sowie 305 auf dem Luftwaffenstützpunkt Termez in Usbekistan.

- *Polens Soldaten bleiben ein Jahr länger im Irak, Süddeutsche Zeitung, 28. 12. 05*
Polen will seine Soldaten ein Jahr länger als geplant im Irak belassen. Nunmehr sollen die Soldaten bis Ende 2006 dort stationiert bleiben. Damit bekräftigt die polnische Regierung die Unterstützung des US-geführten Einsatzes im Irak, obwohl in der Bevölkerung der Widerstand dagegen wächst. Die Truppenstärke soll allerdings von derzeit 1500 Soldaten auf 900 reduziert werden.
- *Streit um den Eurofighter. WELT KOMPAKT, 03. Januar 2006, S. 5.*
In der großen Koalition gibt es deutliche Meinungsunterschiede über die Zukunft des Eurofighters. Unionspolitiker wiesen die Forderung des SPD-Verteidigungsexperten Hans-Peter Bartels zurück, auf die letzte Tranche des neuen Jagdflugzeugs zu verzichten. Der Bundestag hatte 1997 die Anschaffung von 180 Eurofightern beschlossen, die rund 15,4 Milliarden Euro kosten werden. Bei der dritten und letzten Tranche geht es um 68 Maschinen für insgesamt 2,5 Milliarden Euro. „Es ist unklug und liegt nicht im deutschen Interesse, die Forderung nach einem Verzicht öffentlich zu diskutieren und einseitig zu erheben“, sagte der Vizevorsitzende des Verteidigungsausschusses Thomas Kossendey (CDU). Er erinnerte daran, dass es sich beim Eurofighter um ein gemeinsames Projekt von Deutschland, Großbritannien, Spanien und Italien handele. Die Flugzeuge werden vom europäischen Konzern EADS und von der British Aerospace hergestellt. Weil bei einem einseitigen Rückzug hohe Vertragsstrafen drohen, hatte Bartels gefordert, sich auf einen gemeinsamen Rückzug zu verständigen. Es gebe wichtigere Rüstungsvorhaben: die Beschaffung eines schweren Transporthubschraubers oder das – umstrittene – Raketenabwehrsystem MEADS, so Bartels zur „Berliner Zeitung“. Diese Forderung wird auch von Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) abgelehnt. „Pacta sunt servanda“, sagte sein Sprecher. „Ein isolierter Ausstieg Deutschlands würde finanzielle Risiken bergen. Ob das Konsortium der vier beteiligten Länder eine gemeinsame Einigung treffen kann, ist höchst fragwürdig.“ Experten räumen zwar ein, dass die Anschaffung von 180 Jagdflugzeugen der heutigen Bedrohungslage kaum noch entspricht. Aber während beispielsweise London in der Lage sei, Flugzeuge an Saudi-Arabien weiterzuverkaufen, ist der deutsche Spielraum wegen der strengen Waffenexportvorschriften stark eingeengt.
- *Bundeswehr wird zum Heer der Arbeitslosen. Berliner Zeitung 03. Januar 2006, S. 20.*
Die Bundeswehr entwickelt sich in Ostdeutschland zu einem Heer von Arbeitslosen. Unter den 945 Wehrpflichtigen aus Brandenburg, die zu Jahresbeginn einberufen wurden, sind allein 380 Arbeitslose – mehr als jeder Dritte. Das teilte die Wehrbereichsverwaltung Ost am Montag mit. Diese jungen Männern hätten zum Teil um ihre Einberufung gebeten, viele seien aber auch einfach gezogen worden, sagte Hans Joachim Jung, Sprecher der Wehrbereichsverwaltung Ost, auf Anfrage. Auch von den 890 Berlinern, die zum Januar 2006 in die Kasernen müssen, sind 290 junge Männer als arbeitslos gemeldet. Es seien gezielt Bewerbungen eingegangen, hieß es. Im Bereich der Wehrbereichsleitung Ost ist der Arbeitslosen-Anteil unter den Wehrpflichtigen seit Jahren kontinuierlich gestiegen. Zum Jahresbeginn 2000 lag die Arbeitslosen-Quote bei den Wehrpflichtigen noch bei 19,8 Prozent, damals war also nur jeder fünfte Wehrpflichtige arbeitslos gemeldet. Bis zum Jahresbeginn 2004 stieg der Arbeitslosenanteil dann auf 29 Prozent, heute liegt er schon bei 35 Prozent. Der Wehrbereich Ost umfasst Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Die Zahlen der Bundeswehr betreffen sowohl den neunmonatigen Grundwehrdienst als auch den freiwillig verlängerten Wehrdienst, der sogar zu Auslandseinsätzen führen kann. Die Arbeitsagentur Berlin-Brandenburg macht den desolaten Arbeitsmarkt für den Drang zur Bundeswehr verantwortlich. „Es ist zu vermuten, dass die Arbeitsmarktlage und die Si-

tuation auf dem Ausbildungsmarkt hier ausschlaggebend sind“, sagte Sprecher Olaf Möller. „Vielleicht hoffen einige Wehrpflichtige darauf, dass sich die Situation in einem Jahr gebessert hat.“ Ab Februar greift zudem die Regelung, dass ein Wehrdienstleistender grundsätzlich Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abführt. Selbst wer neun Monate Grundwehrdienst macht und zuvor nur drei Monate arbeitslos gemeldet war, hat danach Anspruch auf Arbeitslosengeld. Kritiker bemängeln, dass junge Männer hier gegenüber Frauen bevorteilt würden.

- *Streit um einen Bundeswehr-Einsatz bei der WM. WELT KOMPAKT, 04. Januar 2006, S. 6.* Zwischen den Innenministern von Union und SPD ist ein heftiger Streit über einen möglichen Einsatz der Bundeswehr während der Fußball-Weltmeisterschaft entbrannt. Berlins Innensenator Ehrhardt Körting (SPD) warf in der „Süddeutschen Zeitung“ seinem bayerischen Kollegen Günther Beckstein (XDU) „Panikmache“ vor. Dieser hatte sich dafür ausgesprochen, notfalls die WM abzusagen, sollte sich die Sicherheitslage verschärfen und die Bundeswehr nicht eingesetzt werden können. Beckstein missbrauche die Weltmeisterschaft, um seine Wunschvorstellungen durchzudrücken, sagte Körting. „Die WM ist keine Katastrophe, sondern ein Fest. Wir werden hier keine Militärfestspiele abhalten. Die innere Sicherheit sei die „ureigenste Aufgabe der Länder“, durch den Ruf nach einem Einsatz der Bundeswehr gäben sie ihre Kompetenzen an den Bund ab, sagte Körting. Hintergrund sei auch die Frage der Finanzierung. Den Einsatz von Polizisten müssten die Länder bezahlen, den Einsatz von Soldaten bezahle der Bund. Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat ihre Forderung nach einem Einsatz der Bundeswehr bekräftigt. Ihr innenpolitischer Sprecher Frank Henke sagte, es könnte Personalengpass bei der Berliner Polizei während der WM-Wochen geben. Die Berliner Polizisten würden weitestgehend auf sich allein gestellt sein, weil Hilfe aus anderen Bundesländern nicht zu erwarten sei.
- *Militärjets überwachen WM-Stadien. WELT KOMPAKT, 05. Januar 2006, S. 4.* Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) will die Fußball-WM durch Awacs-Aufklärungsflugzeuge der Nato schützen lassen. Die Maschinen, in denen auch Soldaten der Bundeswehr mitfliegen, sollen den Luftraum über den Stadien überwachen und drohende Terroranschläge frühzeitig erkennen. Schäuble forderte die Awacs jetzt bei Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) an. „Die Anforderung wird derzeit bearbeitet“, bestätigten die Sprecher beider Ministerien. Die unter Nato-Kommando stehenden Awacs müssen beim Militärausschuss in Brüssel beantragt werden. Die fliegenden Frühwarnsysteme sind nicht ständig über dem Bundesgebiet unterwegs und müssen eigens bestellt werden. Experten zufolge wird ein Einsatz über den deutschen Fußballarenen angeblich mehr als zehn Millionen Euro kosten. Etwa soviel wie bei der Luftraumsicherung der Olympischen Spiele 2004 in Athen, wo Awacs 640 Stunden in der Luft kreisten. Die Nato hatte im vergangenen Jahr bereits den Papst mit Awacs-Flugzeugen geschützt. Während des Besuchs von Benedikt XVI. beim Weltjugendtag in Köln überwachten sie vom 18. bis 21. August den Luftraum. Beim Besuch von US-Präsident Bush in Berlin waren im Jahr 2002 ebenfalls Awacs-Aufklärer im Einsatz. SPD und Grüne unterstützen den Einsatz. „Das ist eine Selbstverständlichkeit. Die Bundeswehr kann mit Awacs-Flugzeugen den Luftraum überwachen und logistische Hilfe geben“, sagte SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz. Auch sein Kollege von den Grünen, Berlins Ex-Justizsenator Wolfgang Wieland, hat gegen Awacs im „Wege einer Amtshilfe“ nichts einzuwenden. Denn die Polizei verfüge nicht über Luftaufklärung. Grundsätzlich lehnt seine Fraktion aber ebenso wie SPD und FDP Bundeswehreinätze im Inneren ab.
- *Mehr Einberufungen. WELT KOMPAKT, 05. Januar 2006, S. 4.* Das Verteidigungsministerium will zur Erhöhung der Wehrgerechtigkeit die ursprüngliche Zielvorgabe von jährlich 30 000 Einberufungen steigern. Ministeriumssprecher Thomas Raabe bekräftigte entsprechende Pläne als „Beitrag zur Stabilisierung der Wehrgerechtigkeit“. Zuvor hatte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Christian Schmidt, bereits angekündigt, mehr junge Männer eines Jahrgangs einzuziehen. Experten gehen inzwischen davon aus, dass künftig 34 000 bis 35 000 Wehrpflichtige pro Jahr eingezogen werden.
- *Ex-Generäle sollen Rüstungsfirmen beraten. WELT KOMPAKT, 05. Januar 2006, S. 6.* Zwei ehemalige Viersternegeneräle der Bundeswehr sollen nach ihrer Pensionierung hochdotierte Posten in der Rüstungsindustrie angenommen haben, berichtet der „Stern“. Das Verteidigungsministerium untersucht die Fälle. Es handelt sich um Ex-General Klaus Reinhardt, der die Kfor-Friedenstruppe im Kosovo kommandierte, und den ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann. Das Soldatengesetz bestimmt, dass Berufssoldaten fünf Jahre warten müs-

sen, ehe sie nach ihrer Pensionierung eine Tätigkeit aufnehmen, die mit ihrer Arbeit in der Bundeswehr in Zusammenhang stehen kann. Die Frist wurde offenbar nicht eingehalten.

- *Skeptische Niederländer, Süddeutsche Zeitung, 12. Januar 2006*
Während Australien nun definitiv die Anzahl seiner Soldaten in Afghanistan um 110 erhöhen will, bleibt es weiterhin völlig unklar, ob die Niederlande wie vorgesehen ihr militärisches Kontingent von 600 auf 1200 Soldaten erhöhen wird. Im niederländischen Kabinett sperren sich offensichtlich zwei Minister gegen die zusätzliche Entsendung von Soldaten und auch im Parlament gibt es hierfür keine klare Mehrheit. Bevölkerungsumfragen zeigen außerdem, dass die Mehrheit der niederländischen Bevölkerung eine Vergrößerung des niederländischen Kontingents in Afghanistan ablehnt.
- *Mildernde Umstände für dänische Soldatin, Süddeutsche Zeitung, 13. Januar 2006*
Ein Gericht in Kopenhagen hat die Foltterwürfe gegen eine Militärpolizistin des dänischen, derzeit noch 500 Soldaten starken Kontingents, im Irak zumindest teilweise bestätigt, sie aber nicht bestraft. Das Gericht stellte fest, dass Annemette Hommel im Frühjahr und Sommer 2004 irakische Gefangene „nicht mit dem Respekt behandelte, den die Genfer Konvention vorschreibt“. Die Offizierin habe die Häftlinge beschimpft, ihnen Trinkwasser verweigert und sie in „schmerzhaften Stellungen“ verhört. Sie wurde trotzdem nicht bestraft, weil die Richter für sie mildernde Umstände geltend machten; sie sei schlecht ausgebildet gewesen und habe von Vorgesetzten unzureichende Anweisungen erhalten
- *Soldaten in den Kongo? WELT KOMPAKT, 16. Januar 2006, S. 6.*
Das Verteidigungsministerium prüft eine Beteiligung deutscher Fallschirmjäger an einem möglichen EU-Einsatz im Kongo. Ein Ministeriumssprecher sagte, der EU liege eine Bitte der Vereinten Nationen vor, die im April geplante Wahl in der Demokratischen Republik Kongo durch die 1 500 Soldaten starke EU-Eingreiftruppe abzusichern. Derzeit bestehe die so genannte Battle Group aus einem Fallschirmjägerbataillon der Bundeswehr und französischen Einheiten. Sollte die EU der Bitte der UN nachkommen, handele es sich um einen Einsatz der EU und nicht der Bundesrepublik.
- *„Big Red One“ zieht ab, Loyal, Nr. 10/2005*
Die 1. Infanteriedivision des US-Heeres mit Sitz in Würzburg („Big Red One“) wird nun definitiv 2006 aus Deutschland nach Fort Riley, Kansas, zurückverlegt. Auch die 1. Panzerdivision mit Sitz in Wiesbaden („Old Ironsides“) kehrt bis spätestens 2010 nach Fort Bliss in Texas zurück. Knapp 35 000 Soldaten von insgesamt 50 000, die in die USA zurückkehren, werden somit aus Deutschland kommen.
- *Einbruch in Männerdomäne, Loyal, Nr. 12/2005*
Ulrike Flender ist auf dem Weg zur ersten Kampffjetpilotin der Luftwaffe. Der Fähnrich absolvierte jüngst in Sheppard/USA auf einer T-37 seinen ersten Soloflug. Auch in der Lufttransporttruppe stehen derzeit drei weibliche Soldaten in der Ausbildung zum Flugzeugführer. Im Heer sind die Frauen sogar noch weiter. Inzwischen haben dort fünf weibliche Offiziere auf Hubschraubern den Einsatzstatus „combat ready“ erreicht.
- *Bewerberlage gut – Spezialisten fehlen, Die Bundeswehr, H. 1/2006*
Der Bundeswehr fehlen trotz eines weiterhin großen Bewerberaufkommens Spezialisten für Auslandseinsätze. Ein Beispiel seien Experten für Wasseraufbereitung, sagte der Befehlshaber des Heeresführungskommandos, Generalleutnant Otto, in Koblenz. Die vorhandenen Fachleute seien wegen der laufenden Einsätze hoch belastet. Der Generalleutnant sagte, dass der Bewerberandrang hoch sei, die körperliche Leistungsfähigkeit der jungen Menschen, die sich freiwillig für die Bundeswehr meldeten, jedoch zunehmend geringer werde.
- *Armee noch fit. WELT KOMPAKT, 19. Januar 2006, S. 9.*
Trotz des Irak-Einsatzes sehen sich die US-Streitkräfte für weitere Kriseneinsätze gewappnet. Die Armee könne momentan mindestens 15 zusätzliche Kampfbrigaden aufbringen, sagte US-Heeresminister Francis Harvey. Angesichts des Widerstands im Irak ist in den USA eine Diskussion darüber entbrannt, ob die 487 000 Mann starke Armee groß genug sei.
- *Soldat soll Kind sexuell missbraucht haben. Berliner Zeitung, 19. Januar 2006, S. 30.*
Weil er ein neunjähriges Mädchen in Rathenow (Havelland) vergewaltigt haben soll, sitzt ein Bundeswehrsoldat in Untersuchungshaft. Der 28-Jährige soll das Kind im Sommer 2005 sexuell missbraucht haben, teilte gestern die Polizei mit. Bei dem Mann seien Fotos der Vergewaltigung

entdeckt worden. Auf Druck der Familie habe er sich selbst angezeigt und eingeräumt, das Kind unsittlich berührt zu haben. Als sich der Verdacht erhärtete, wurde der Soldat am 13. Januar verhaftet. Die Festnahme erfolgte mit Unterstützung der Bundeswehr. Das Kind hat die Vergewaltigung bei einer Befragung bestätigt. Das Amtsgericht Rathenow erließ wegen der Schwere der Tat Haftbefehl.

- *Jonathan Stevenson: Euro Military Police Force Set Up. A European military police force has been launched in Italy. Wall Street Journal, 23. Januar 2006, S. A16*
The European Gendarmerie will be made up of military police from five EU countries and will be available for peacekeeping missions worldwide. The non-permanent force will have 800 police officers available to deploy within 30 days' notice and a pool of 2,300 reinforcements on standby. The force, based in Vicenza, will be used for post-conflict peacekeeping and maintaining public order. In many crisis areas around the world the shift from military to civilian operations can often prove difficult. The new European gendarmerie is a force created to help smooth that transition. They will be sent to conflict zones where law and order has deteriorated but not completely broken down or where fighting has subsided and heavily armed troops are no longer needed. The police will come from the paramilitary forces of France, Italy, Spain, Portugal and the Netherlands, though, in time, other EU countries will be invited to lend support. But there are concerns within NATO that this is yet another step towards a single European defense force and there have been questions over what mechanism would be in place to monitor such paramilitary activities. The Defense Ministers of the countries involved, who were at the inauguration on 23 Jan, insist the men of the Gendarmerie have their own particular expertise and will be there to complement, not rival, NATO and UN operations. Analysis/Road Ahead: Creation of a European Gendarmerie to be employed in peacekeeping missions globally may well be one of the better European Union initiatives yet, as such a force would be capable to fill the gap between military and civilian rule in post-conflict evolutions. Police officers deployed as Peacekeepers in Haiti and in Bosnia have proven their value for the post-hostilities phase of operations. A Para-military force rather than a pure police force offers the best of both organizational types, they are trained and equipped to conduct military type operations and they have expertise and authority to conduct law-enforcement functions. Most European nations that have Gendarmeries frequently work together and cross-train units and individuals; consequently inter-operational tactics, weaponry and communications will not prove difficult to master. Anticipate future employment of this force to be scrutinized by its critics, however expect a well led and equipped Euro-Gendarmerie to be effective and operationally sound.
- *Acht Friedenssoldaten im Kongo getötet. Berliner Zeitung, 24. Januar 2006, S. 6.*
Während in der Bundesregierung über einen möglichen Bundeswehreinsatz bei einer UN-Mission in der Demokratischen Republik Kongo diskutiert wird, sind dort am Montag mindestens acht Friedenssoldaten getötet worden, teilte eine Sprecherin der UN-Friedensmission im Kongo mit. Sie stammten aus Guatemala. Bei dem Schusswechsel mit mutmaßlichen Rebellen aus Uganda seien fünf weitere Blauhelmsoldaten verletzt worden. Der Bundesregierung liegt indes eine Anfrage der UN vor, mit einem Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo die ersten freien Wahlen seit Jahrzehnten am 30. Juni zu unterstützen.
- *Studie: US-Heer am Rande des Zusammenbruchs. WELT KOMPAKT, 26. Januar 2006, S. 8.*
Ein pensionierter US-Offizier hat in einer Studie für das Pentagon vor einem drohenden „Zusammenbruch“ der größten Teilstreitkraft gewarnt. Danach belastet der Einsatz im Irak das Heer so stark, dass die dortige Truppenstärke von 136 000 Soldaten nicht mehr lange aufrechterhalten werden können, schreibt Andrew Krepinevich nach US-Medienberichten. Der Leiter eines Forschungsinstituts für strategische und haushaltspolitische Einschätzungen äußert die Befürchtung katastrophaler Einbrüche bei der Nachwuchsanwerbung, sollten die Truppen weiter derart strapaziert werden. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hat der Studie widersprochen.
- *Merkel verhindert Kongo-Einsatz der EU-Truppe. Berliner Zeitung, 26. Januar 2006, S. 9.*
Bei einem EU-Truppeneinsatz im Kongo werden nicht in erster Linie deutsche Soldaten eingesetzt. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe bei ihrem Treffen mit Frankreichs Präsidenten Jacques Chirac vereinbart, dass die EU nicht die derzeitige Kampfgruppe in den Kongo entsenden werden, erfuhr die Berliner Zeitung aus Regierungskreisen. Diese Kampfgruppe besteht aus 1 500 deutschen Soldaten und vier Franzosen. Der SPD-Verteidigungsexperte Hans-Peter Bartels begrüßte die Entscheidung: „Wenn es darum geht, dass Europa Flagge zeigt, ist es wichtig, dass viele euro-

päische Länder beteiligt sind“, sagte er dieser Zeitung. „Darum wäre es falsch gewesen, die fast nur aus deutschen Soldaten bestehende Kampfgruppe zu entsenden.“ Die UN hatten die EU gebeten, Truppen zur Unterstützung der Blauhelme in das vom Bürgerkrieg zerrüttete Land zu entsenden. Damit sollten die Wahlen im Kongo abgesichert werden. Die UN-Anfrage wird in der Regierung als unspezifisch bezeichnet. „Es ist nicht klar, was die zusätzlichen Soldaten eigentlich tun sollen“, hieß es. EU-Experten sollen in den nächsten Wochen im Kongo Einsatzmöglichkeiten klären.

- *Zwei Generale machen mobil. WELT KOMPAKT, 30. Januar 2006, S. 6*
Die von Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) am Freitag entlassenen Generäle Jürgen Ruwe und Hans-Heinrich Dieter wollen ihre Entlassung nicht hinnehmen. Ruwe sagte, er werde nicht eher Ruhe geben, bis General Dieter und er rehabilitiert und die für diese Affäre Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden seien. Ruwe sagte weiter, er habe Jung bei der Entlassung sein Bedauern darüber ausgesprochen, dass er den Minister öffentlich derart habe angehen müssen. Ruwe hatte ein Schreiben an Jung mit Vorwürfen gegen den Minister veröffentlicht. Dies sei aber notwendig gewesen, um auf diesen beispiellosen Skandal aufmerksam zu machen, so Ruwe. Der Minister sei Opfer seiner unfähigen Berater geworden. Nachdem Ruwe bereits ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt hatte, kündigte Dieter in der „Stuttgarter Zeitung“ eine Klage gegen die Entlassung und eine Strafanzeige wegen der Indiskretionen aus dem Ministerium an. Dieter sagte, er habe zwar mit der Weitergabe von Ermittlungsunterlagen über Ruwes Sohn einen Fehler gemacht. Dieser Fehler sei aber nicht so schwerwiegend, dass er seine Entlassung rechtfertige. Dieter beklagte, er sei „ungerecht, unfair und unanständig“ behandelt worden. Jung habe eklatant gegen die Führungsprinzipien verstoßen. Ruwe verdächtigt offenbar Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan, dem SPD-Verteidigungspolitiker Rainer Arnold von den Ermittlungen gegen Ruwes Sohn und dem Vorwurf der Weitergabe von Akten erzählt zu haben. Arnold soll Ruwe gegenüber gesagt haben, er hätte bereits vor der ersten Veröffentlichung davon gewusst. Schneiderhan wird unterstellt, dass er die Entlassung der Generäle durch eine Information an seinen schwäbischen Landsmann Arnold parlamentarisch absichern wollte. Auch Jung gerät wegen der Affäre unter Druck. Er rechtfertigte die Entlassungen in der „FAS“ mit dem Hinweis, er habe Schaden von der Bundeswehr abwenden müssen. Grund der Entlassung sei Vertrauensverlust. Ruwes Vorwurf, der Minister werde schlecht beraten, wird in weiten Teilen der Truppe und auch in der SPD-Bundestagsfraktion geteilt. Dabei fällt immer wieder der Name Schneiderhan.
- *Generalsaffäre setzt Minister Jung unter Druck. WELT KOMPAKT, 31. Januar 2006, S. 6*
Die neue Generalsaffäre wird mehr und mehr zu einem Politikum. Längst geht es nicht mehr darum, ob zwei hohe Offiziere Unterlagen über einen Familienangehörigen ausgetauscht haben. Viel wichtiger wird die Frage, wer im Verteidigungsministerium von Franz Josef Jung (CDU) Interna an die Öffentlichkeit brachte und die Atmosphäre damit offenbar gezielt so aufheizte, dass die Entlassung der Generäle Hans-Heinrich Dieter und Jürgen Ruwe im Hauruckverfahren erfolgte. Zwei führende Köpfe im Ministerium im Berliner-Bendlerblock stehen unter Verdacht, geplaudert zu haben: Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan und Jungs Staatssekretär Peter Wichert. Auch wenn der Vorgang bereits vor acht Monaten mit Ermittlungen gegen Ruwes Sohn begann und damit in die Amtszeit von Jungs Vorgänger Peter Struck (SPD) fällt, bleibt am neuen Verteidigungsminister Jung etwas hängen. Schon erkundigte sich Kanzlerin Angela Merkel sorgenvoll, was an der Geschichte dran sei. Und auch im Präsidialamt von Bundespräsident Horst Köhler, der die Entlassungsurkunden von Dieter und Ruwe unterzeichnet hatte, werden die Veröffentlichungen stirnrundelnd gelesen. Offenbar war die Angelegenheit in Jungs Umgebung völlig falsch eingeschätzt worden. Keiner hatte damit gerechnet, dass sich Dieter und Ruwe wehren und an die Öffentlichkeit gehen würden. Für Ruwe steht fest, dass Jung „Opfer seiner unfähigen Berater“ geworden ist, und Dieter fühlt sich behandelt wie jemand, der goldene Löffel geklaut habe.

NEUERSCHEINUNGEN UNSERER MITGLIEDER

- Bald, Detlef (2004): Die „Weiße Rose“. Von der Front in den Widerstand. Erweiterte Auflage. Berlin.
- Bald, Detlef (Hg.) (2005): „Wider die Kriegsmaschinerie“. Kriegserfahrungen und Motive des Widerstands der „Weißen Rose“. Essen.
- Bald, Detlef (Hg.) (2005): Schwellen überschreiten. Friedensarbeit und Friedensforschung. Festschrift für Dirk Heinrichs. Essen (darin vom Herausgeber: Was Frieden mit Militärgeschichte zu tun hat. Zu einem Problem der Vergangenheitspolitik in Deutschland, S. 127ff.)
- Bald, Detlef: Die Militärreform in der „Ära Brandt“ – Zur Integration von Militär und Gesellschaft. In: Klaus-Jürgen Bremm et al. (Hg.) (2005): Entschieden für Frieden. 50 Jahre Bundeswehr. Freiburg im Breisgau, S. 341ff.
- Bald, Detlef: Ein Offizier als Kritiker des preußisch-deutschen Militarismus: Alfons Falkner von Sonnenburg. In: Wolfram Wette (Hg.) (2005): Schule der Gewalt. Militarismus in Deutschland 1871 bis 1945. Berlin, S. 173ff.
- Gareis, Sven B. (2005): Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Einführung. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Glatzl, Christian/Hauser, Gunther/Kernic, Franz (Hrsg.) (2005). Europäische Sicherheit und Streitkräftereform in der Weltgesellschaft. Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 17/2005
- Kümmel, Gerhard & Giuseppe Caforio (Hg.): (2005): Military Missions and Their Implications Reconsidered: The Aftermath of September 11th. Amsterdam et al.: Elsevier.
- Rauch, Andreas M. (2005). Auslandseinsätze der Bundeswehr. Baden-Baden: Nomos
- Rauch, Andreas M. (2006): Auslandseinsätze der Bundeswehr. Baden-Baden: Nomos.
- Rose, Jürgen (2005): Gewissen in Aufruhr. Brisante Urteilsbegründung. Freitag, 14. Oktober 2005.
- Rose, Jürgen (2005): Gretchen-Frage: Die Linke und das Völkerrecht. Freitag, 2. Dezember 2005
- Rose, Jürgen (2005): Großer Zapfenstreich. Ein großer Irrtum wird 50! Freitag, 4. November 2005.

WEITERE NEUERSCHEINUNGEN

- Adler, Sabine (2006, i.E.): Ich sollte als Schwarze Witwe sterben: Die Geschichte der Raissa und ihrer toten Schwestern. München: Goldmann.
- Bandau, Anja, Albrecht Buschmann & Isabella von Treskow (Hg.) (2005): Bürgerkrieg – Erfahrung und Repräsentation. Berlin: trafo.
- Bellamy, Alex (Hg.) (2006, i.E.): Security and the War on Terror. Civil-Military Cooperation in a New Age. London: Routledge.
- Benjamin, Roger (2005). Guerre de religions ou conflit de civilisations? Paris: L'Harmattan
- Bettzüge, Reinhard (2005). Der Deutsche Militärattachédienst. Von den Anfängen der Bundeswehr bis heute. Dresden: TüDpress Verlag
- Bruma, Ian/Margalit, Avishai (2005). Okzidentalismus. Der Westen in den Augen seiner Feinde. München/Wien: Carl Hanser
- Buckley, Mary & Robert Singh (Hg.) (2005): The Bush Doctrine and the War on Terrorism. Global Reactions, Global Consequences. London: Routledge.
- Carment, David/Rudner, Martin (Hrsg.) (2005). Peacekeeping Intelligence. New Players, Extended Boundaries. London: Routledge
- Defourneaux, Marc (2005). Force des armes, force des hommes. Paris: L'Harmattan
- Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (2005): Die europäische Integration und der Frieden. Ideen – Konzepte – Strategien. Beiträge zum 9. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 27. November 2004. DSS-Arbeitspapiere, Heft 73. Dresden: DSS.
- Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (2005): Die Planung weltweiter Interventionskriege, das Völkerrecht und die Zukunft der Menschheit. 13. Dresdner Friedenssymposium am 12. Februar 2005. DSS-Arbeitspapiere, Heft 74. Dresden: DSS.
- Ehrhart, Hans-Georg (Hrsg.) (2005). Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden: Nomos

- Encke, Julia (2006). *Augenblicke der Gefahr. Der Krieg und die Sinne 1914-1934*. Paderborn: Wilhelm Fink Verlag
- Enzelsberger, Ernest F. & Stefan Jezik (2005): *Sicherheitspolitik in der Diskussion um eine Verfassung für Europa I: Ein Überblick zum Verfassungsvertrag 2004*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik.
- Enzelsberger, Ernest F. & Stefan Jezik (2005): *Sicherheitspolitik in der Diskussion um eine Verfassung für Europa II: Grundlegende Bestimmungen im Verfassungsvertrag 2004*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik.
- Enzelsberger, Ernest F. & Stefan Jezik (2005): *Sicherheitspolitik in der Diskussion um eine Verfassung für Europa III: Sicherheitspolitik und Österreich im Verfassungsvertrag 2004*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik.
- Enzelsberger, Ernest F. (2005): *Das Jubiläumsjahr 2005 in Österreich. Sicherheitspolitisch relevante Aktivitäten (Mitteilungsblatt 58)*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik.
- Enzelsberger, Ernest F. (2005): *Die Sicherheitspolitik in der Diskussion um eine neue österreichische Bundesverfassung (Mitteilungsblatt 59)*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik.
- Feichtinger, Walter/Heinzl, Gerard (Hrsg.) (2005). *Krisenherd Nordafrika. Internationale oder afrikanische Verantwortung ?* Baden-Baden: Nomos
- Ferris, John (2005): *Intelligence and Strategy*. London: Routledge
- Forster, Anthony (2005): *Armed Forces and Society in Europe*. Hampshire – London: Palgrave Macmillan.
- Freudenberg, Dirk (2005). *Militärische Führungsphilosophien und Führungskonzeptionen ausgewählter NATO- und WEU-Staaten im Vergleich*. Baden-Baden: Nomos
- Gärtner, Heinz (2005). *Internationale Sicherheit. Definitionen von A –Z*. Baden-Baden: Nomos
- Gayffier-Bonneville, Anne-Claire de (Hrsg.) (2005). *Sécurité et coopération militaire en Europe, 1919-1955*. Paris: L'Harmattan
- Geis, Anna (2005). *Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorie in der Kontroverse*. Baden-Baden: Nomos
- Gray, Colin S. (2004): *Strategy for Chaos. Revolutions in Military Affairs and the Evidence of History*. London: Routledge.
- Gresle, Francois (Hrsg.) (2005). *Sociologie du milieu militaire. Les conséquences de la professionnalisation sur les armées et l'identité militaire*. Paris. L'Harmattan
- Groß, Jürgen (2005). *Demokratische Streitkräfte*. Baden-Baden: Nomos
- Grossman, David (2006): *Diesen Krieg kann keiner gewinnen*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Gueldry, Michel (2005): *Les Etats-Unis et l'Europe face à la guerre d'Irak*. Paris: L'Harmattan
- Gustenau, Gustav E./Höll, Otmar/Nowotny, Thomas (Hrsg.) (2005). *Europe – USA: Diverging Partners*. Baden-Baden: Nomos
- Hinsch, Wilfried, Dieter Janssen & Alex Folscheid (Hg.) (2006): *Menschenrechte militärisch schützen: Ein Plädoyer für humanitäre Interventionen*. München: C.H. Beck.
- Horgan, John (2005): *The Psychology of Terrorism*. London: Routledge.
- Hubel, Helmut (2005). *Weltpolitische Konflikte. Eine Einführung*. Baden-Baden: Nomos
- Jusik, Julia (2005). *Die Bräute Allahs. Selbstmord-Attentäterinnen aus Tschetschenien*. St. Pölten: Niederösterreichisches Pressehaus
- Kilian, Dieter E. (2005): *Elite im Halbschatten. Generale und Admirale der Bundeswehr*. Bielefeld: Osning.
- Kleinschmidt, Harald (2005): *Europäische und japanische Friedenslehren der Frühneuzeit im Vergleich. Studien zur Internationalen Politik, Nr. 3*. Hamburg: Helmut-Schmidt-Universität.
- Kogan, Eugene (2005): *The European Union Defence Industry and the Appeal of the Chinese Market. Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik, Heft 1*. Wien: Landesverteidigungsakademie.
- Kühne, Thomas (2006): *Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Laville, Helen/Wilkford, Hugh (Hrsg.) (2005). *The US Government, Citizen Groups and the Cold War*. London: Routledge
- Machura, Stefan/ Voigt, Rüdiger (Hrsg.) (2005). *Krieg im Film*. Münster: LIT-Verlag
- Macqueen, Norrie (2006, i.E.): *Peacekeeping and the International System*. London: Routledge.

- Mayer, Joachim (2005): Die strafrechtliche Erfassung des illegalen Technologietransfers. Baden-Baden: Nomos.
- Merkl, Peter H. (2005): The Rift Between America and Old Europe. The Distracted Eagle. London: Routledge.
- Münkler, Herfried (2005). Imperien. Die Logik der Weltherrschaft vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten. Berlin: Rowohlt
- Perthes, Volker (2006): Orientalische Promenaden: Der Nahe und Mittlere Osten im Umbruch. München: W.J. Siedler.
- Porteret, Vincent (2005). Etat-nation et professionnalisation des armées. Les députés français face au déclin de l'armée de masse de 1962 à nos jours. Paris: L'Harmattan
- Portugall, Gerd (2005): Der Irak zwischen Aufbruch und Anarchie. Vorgeschichte, Akteure und Perspektiven eines die internationale Politik beherrschenden Regionalkonflikts (AIK-Texte 1/2005). Strausberg: AIK.
- Pottier, Oliver (2005). Armée-nation: Divorce au réconciliation? De la loi Debré à la réforme du service national, 1970-2004. Paris: L'Harmattan
- Roux, Jean-Philippe (2005). L'Europe de la défense. Paris: L'Harmattan
- Saliba, Fabrice (2005). Les politiques de recrutement militaire britannique et française (1920-1939). Chronique d'un désastre annoncé. Paris: L'Harmattan
- Schiedermair, Stephanie (2005): Der internationale Frieden und das Grundgesetz. Baden-Baden: Nomos.
- Schmeidel, John Christian (2006). Stasi. Sword and Shield of the Party. London: Routledge
- Schreiber, Wilfried (2005): Als Offizier und Wissenschaftler der NVA im deutsch-deutschen sicherheitspolitischen Dialog 1987-1990. Ein Zeitzeugenbericht. DSS-Arbeitspapiere, Heft 75. Dresden: DSS.
- Schröfl, Josef, Thomas Pankratz & Edwin Micewski (Hg.) (2005): Aspekte der Asymmetrie. Reflexionen über ein gesellschafts- und sicherheitspolitisches Phänomen. Baden-Baden: Nomos.
- Seaman, Mark (Hrsg.) (2005). Special Operations Executive. A New Instrument of War. London: Routledge
- Singelstein, Tobias (2006): Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sorenson, David S. & Pia Christina Wood (Hg.) (2004): The National Politics of Peacekeeping. London: Routledge.
- Staibano, Carina & Peter Wallensteen (Hg.) (2005): International Sanctions. Between Wars and Words. London: Routledge.
- Stehr, Michael (2005). Piraterie und Terror auf See. Nicht-Staatliche Gewalt auf den Weltmeeren 1990 bis 2004. Berlin: Dr. Köster
- Trimondi, Victor/Trimondi, Victoria (2005). Krieg der Religionen – Politik, Glaube und Terror im Zeichen der Apokalypse. Paderborn: Wilhelm Fink Verlag
- Ulfkotte, Udo (2006): Der Krieg im Dunkeln. Die wahre Macht der Geheimdienste. Frankfurt am Main: Eichborn.
- Vayrynen, Raimo (Hg.) (2005): The Waning of Major War. Theories and Debates. London: Routledge.
- Weske, Simone (2005). Deutschland und Frankreich – Motor einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Baden-Baden: Nomos
- Wilkinson, Paul (2006, i.E.): Terrorism versus Democracy. The Liberal State Response. London: Routledge.
- Williams, Kayla (2006): Jung, weiblich, in der Army: Ich war Soldatin im Krieg. München: DVA.

In der Schriftenreihe der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) sind zwischenzeitlich die folgenden sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanten Berichte erschienen:

- S 24: Christian Schaller: Private Sicherheits- und Militärfirmen in bewaffneten Konflikten. Völkerrechtliche Einsatzbedingungen und Kontrollmöglichkeiten (September 2005).
- S 25: Peter Rudolf: George W. Bushs außenpolitische Strategie (September 2005).
- S 26: Völker Heise: Militärische Integration in Europa (September 2005).
- S 27: Gebhard Geiger: Europas weltraumgestützte Sicherheit. Aufgaben und Probleme der Satellitensysteme Galileo und GMES (September 2005).

- S 28: Markus Tidten: Japans neue Außenpolitik. Teil I: Japan und der Nahe Osten (September 2005).
- S 29: Kay Möller: Zusammenarbeit in Ostasien. Perspektiven für ordnungspolitische Strukturen (Oktober 2005).
- S 30: Josef Braml: Atlantische Auswirkungen amerikanischer Heimatschutzpolitik (Oktober 2005).
- S 32: Hanns Günther Hilpert et al: China 2020. Perspektiven für das internationale Auftreten der Volksrepublik (Oktober 2005)
- S 33: Michael Schmunk: Die deutschen Provincial Reconstruction Teams. Ein neues Instrument zum Nation-Building (November 2005)
- S 34: Hannes Adomeit & Rainer Lindner: Die ‚Gemeinsamen Räume‘ Russlands und der EU. Wunschbild oder Wirklichkeit (November 2005).
- S 35: Uwe Halbach: Der Kaukasus in neuem Licht. Die EU und Russland in ihrer schwierigsten Nachbarschaftsregion (November 2005).
- S 39: Isabelle Werenfels: Vom Umgang mit Islamisten im Maghreb. Zwischen Einbindung und Unterdrückung (Dezember 2005).
- S 40: Roland Götz: Rußlands Erdöl und der Welterdölmarkt. Trends und Prognosen (Dezember 2005).

In der Schriftenreihe der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) sind zwischenzeitlich die folgenden sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanten Berichte erschienen:
 HSFK-Report Nr. 7/2005: Una Becker, Harald Müller & Carmen Wunderlich: Impulse für das Bio-
 waffenregime. Ein provisorischer Compliance-Mechanismus als Schritt aus der Sackgasse.
 HSFK-Report Nr. 8/2005: Oliver Eberl & Andreas Fischer-Lescano: Grenzen demokratischen Rechts?
 Die Entsendeentscheidungen zum Irakkrieg in Großbritannien, den USA und Spanien.
 HSFK-Report Nr. 9/2005: Matthias Dembinski & Barbara Schumacher: Wie Europa dem Rüstungsex-
 port Schranken setzt. Von der Zusammenarbeit europäischer Regierungen zum europäischen
 Regieren.

Die aktuelle Nummer der Zeitschrift „WeltTrends“ (Nr. 49, Winter 2005/2006) enthält sowohl Über-
 blicksartikel wie auch Einzelfallstudien zum Schwerpunktthema „Militär in Lateinamerika“.

DIES UND DAS IM INTERNET

www.deutscher-offizier.de
www.drandraufdrueber.de
www.jaegerseiten.de
www.offiziersaebel.de
www.offizierschule.de
www.offizierkorps.de
www.solidaritaet-fuer-soldaten.de